

20/2016

Gisela Kubon-Gilke, Werner Sesselmeier, Aysel Yollu-Tok

## VERHALTENSÖKONOMIE

(K)ein Thema für die lebensverlaufsorientierte Sozialpolitik?



### **Die Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

### **Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik verknüpft Analyse und Diskussion an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit, um Antworten auf aktuelle und grundsätzliche Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu geben. Wir bieten wirtschafts- und sozialpolitische Analysen und entwickeln Konzepte, die in einem von uns organisierten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit vermittelt werden.

### **WISO Diskurs**

WISO Diskurse sind ausführlichere Expertisen und Studien, die Themen und politische Fragestellungen wissenschaftlich durchleuchten, fundierte politische Handlungsempfehlungen enthalten und einen Beitrag zur wissenschaftlich basierten Politikberatung leisten.

### **Über die Autor\_innen dieser Ausgabe**

**Gisela Kubon-Gilke** ist Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, [gisela.kubon-gilke@eh-darmstadt.de](mailto:gisela.kubon-gilke@eh-darmstadt.de)

**Werner Sesselmeier** ist Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Europäisch vergleichende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik am Campus Landau der Universität Koblenz-Landau, [sesselmeier@uni-landau.de](mailto:sesselmeier@uni-landau.de)

**Aysel Yollu-Tok** ist Professorin für Sozialpolitik und Sozialökonomie an der Hochschule München, [aysel.yollu-tok@hm.edu](mailto:aysel.yollu-tok@hm.edu)

### **Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich**

**Ruth Brandherm**, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gisela Kubon-Gilke, Werner Sesselmeier, Aysel Yollu-Tok

# VERHALTENSÖKONOMIE

(K)ein Thema für die lebensverlaufsorientierte Sozialpolitik?

2	<b>VORWORT</b>
3	<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>
4	<b>1 EINLEITUNG</b>
5	<b>2 DAS LEBENSVERLAUFSKONZEPT</b>
8	<b>3 HOMO DIFFUSUS IN DER ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK</b>
13	<b>4 DER LEBENSVERLAUF IM SPIEGEL DES HOMO OECONOMICUS INSTITUTIONALIS</b>
13	4.1 Menschliches Verhalten – bedingte ökonomische Vernunft
15	4.2 Der Mensch ist nicht nur eigennützig: Fairness und Gerechtigkeit
16	4.3 Das war schon immer so: habituelles Verhalten
17	<b>5 FAZIT</b>
18	Literaturverzeichnis

# VORWORT

Die Transformation des Arbeitsmarktes, die unter anderem Folge von Globalisierungs- und Privatisierungsprozessen, technischen Erneuerungen und einer zunehmenden De-Industrialisierung ist, stellt neue Anforderungen an die Individuen und die Systeme der sozialen Sicherung. Die Lebens- und Erwerbsverläufe lassen sich nicht mehr durch die klassische dreiteilige Struktur „Ausbildung – Erwerbsleben – Rente“ charakterisieren, sondern werden diskontinuierlicher und zeichnen sich etwa durch eine erhöhte berufliche Mobilität und längere Bildungsphasen aus.

Gesellschaftliche Institutionen sowie Anreiz- und Sanktionssysteme nehmen zwar immer noch Einfluss auf die Strukturierung des Lebens- und Erwerbsverlaufs, jedoch verfügen Individuen heutzutage über viele Wahlmöglichkeiten für die Gestaltung des Lebensentwurfs. Zugleich werden getroffene Entscheidungen immer bedeutsamer, was dazu führt, dass die Bürger\_innen einem verstärkten Druck hinsichtlich einer gelingenden Lebensgestaltung ausgesetzt sind, da sie dafür immer mehr Eigenverantwortung übernehmen müssen. Besonders in Umbruchssituationen oder in Übergangsphasen sind Menschen Risiken ausgesetzt und es stellt sich die Frage, wie sozialpolitische Maßnahmen die Menschen adäquat befähigen und unterstützen können. In der vorliegenden Expertise wird das Verhältnis von Individuum und Sozialstaat näher beleuchtet und diskutiert, inwieweit der Sozialstaat die Freiheit und Autonomie der Bürger\_innen gewährleisten und damit die Selbstverantwortung stärken sollte und in welchen Bereichen die Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation durch soziale Sicherungssysteme unterstützt werden müssen.

Die Sozialpolitik orientiert sich überwiegend an einem Menschenbild, das stark von ökonomischen Prämissen geprägt wird. Dies blendet die Facetten menschlichen Verhaltens in ihrer Vielfalt und Variabilität aus. Insbesondere in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zeigt sich, dass das Menschenbild eine wichtige Rolle bei der inhaltlichen Ausrichtung und Implementierung von Maßnahmen spielt. Für Martha Nussbaum, Mitbegründerin des Befähigungsansatzes, ist der Lebensverlauf von zentraler Bedeutung; sie sieht die Rolle der Sozialpolitik primär in der Förderung der Fähigkeiten von Menschen in den verschiedenen Passagen ihres Lebens. Diese Orientierungen haben in der ökonomischen Theorie und in Konzepten der Sozialpolitik bisher nur einen unzureichenden Niederschlag gefunden. Hier dominiert noch immer das Menschenbild des „homo oeconomicus“, das die Individuen

als autonome, vernunftbegabte, rationale Wesen betrachtet. Demzufolge geht es vor allem darum, die Selbstverantwortung des Individuums zu stärken. Die einseitige Betonung der Verantwortung und Freiheit des Individuums führte zu einer Verschlingung des Sozialstaats, der „fordert und fördert“ und somit das Bewusstsein gesellschaftlicher Solidarität abbaut.

Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels greift die Expertise die Frage auf, inwieweit das Menschenbild und die sozialpolitische Ausrichtung neu justiert werden sollten. Dafür spricht, dass der bisherige anthropologische Ansatz für die Steuerungssysteme nicht-rationale Entscheidungen von Menschen als Anomalien wertet und die sozialpsychologischen und kontextbasierten Faktoren, die für Handlungsspielräume bedeutsam sind, nicht ausreichend berücksichtigt. Die Autor\_innen Gisela Kubon-Gilke, Werner Sesselmeier und Aysel Yollu-Tok setzen sich kritisch mit dem neoklassischen Menschenbild der Ökonomie auseinander und belegen mithilfe verschiedener Studienergebnisse aus der Verhaltensforschung und Verhaltensökonomie die Begrenztheit der Theorie der rationalen Entscheidung. Sie stellen das Konzept des „homo oeconomicus institutionalis“ vor, das als Heuristik begriffen werden kann und den vorhandenen Ansatz ergänzt und erweitert. Dieses Denkgerüst kann in Verbindung mit der Lebenslaufanalyse richtungsweisend für verschiedene Politikfelder sein.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte mit ihren Aktivitäten Veränderungsbedarfe und Lösungsansätze in unterschiedlichen Politikfeldern aufzeigen, aber auch die kritische Auseinandersetzung mit Leitbildern und theoretischen Konzepten fördern. Im Projekt „Gute Gesellschaft 2017plus“ wurden politikfeldübergreifende Ansätze beispielsweise zur Teilhabe und Gerechtigkeit entwickelt, die verengte Sichtweisen erweitern und zeitgemäße Konzepte und Ideen für eine soziale und demokratische Politik fördern.

Der Beitrag von Kubon-Gilke, Sesselmeier und Yollu-Tok gibt eine Fülle von Anregungen und Impulsen für einen erweiterten Ansatz der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der sich mit vorhandenen Denkmustern auseinandersetzt und neue Handlungsräume für diese Politikfelder eröffnet.

Wir bedanken uns bei den Autor\_innen für die Expertise und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

**RUTH BRANDHERM**

Leiterin des Gesprächskreises Arbeit und Qualifizierung

## ZUSAMMENFASSUNG

Der am Erwerbsstatus orientierte klassische Lebensverlauf gerät aufgrund der veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen immer stärker unter Druck. Daran anknüpfend wurde und wird das System der sozialen Sicherung in Deutschland mehr und mehr verändert, womit eine stärkere eigenverantwortliche Absicherung und eine damit unterstellte verstärkte Selbstkontrolle, erweiterte Selbst-Ökonomisierung und Selbst-Rationalisierung der Lebensführung einhergehen. Damit zusammenhängend hat sich der Zugang der Sozialpolitik zu den Fragen der sozialen Sicherung gewandelt, indem die Volatilität des Lebensverlaufes, mit den unterschiedlichen Übergängen, als Gesamtes in den Blick genommen wird. Die Anfänge hierzu finden sich in der Armutsforschung sowie in der Genderforschung. Die Arbeitsmarktpolitik diskutiert beispielsweise jüngst mit der Arbeitsversicherung die Anpassung des Absicherungssystems bei Arbeitslosigkeit aus der Lebensverlaufsperspektive. Bewertet werden kann die lebensverlauforientierte Anpassung der Sozialpolitik als eine wichtige Erneuerung, die überholte Denkmuster aufbricht, die bisher Lebensrisiken statisch und als isolierte Politikfelder verhandelt haben. Dieser Beitrag geht aber einen Schritt weiter und fragt nach einer weiteren Denkblockade: das Menschenbild der lebensverlauforientierten Sozialpolitik. Ganz in der Tradition der Mainstream Ökonomie geht das Menschenbild des Homo oeconomicus vom rational denkenden Mensch aus, der über alle Informationen verfügt, diese unverzüglich verarbeiten kann und daraus eigennützig gerade die Entscheidung trifft, mit der der individuelle Nutzen maximiert wird. Der Mensch befindet sich hierbei in einem institutionenfreien Raum, d. h. er trifft Entscheidungen, die völlig unabhängig von normativen, sich ändernden Vorstellungen, von Erfahrungen oder aber auch von Ängsten und Zweifeln sind. Dieser Beitrag hat das Ziel, genau diese Denkblockade zu beschreiben, darauf hinzuweisen und mit dem Homo oeconomicus institutionalis eine Heuristik vorzustellen, mit der das klassische ökonomische Menschenbild erweitert wird.

## 1

# EINLEITUNG

Der traditionelle Erwerbsverlauf in seiner Dreiteilung „Aus-bildung – Erwerbsleben – Rente“ war lange Zeit relativ homogen in der (männlichen) Bevölkerung verbreitet (Kohli 1985); hierbei ist die Erwerbstätigkeit der primäre Strukturgeber für den Lebensverlauf und die Bildung (sowie Ausbildung) nicht nur die Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt, sondern auch der Garant für einen stabileren und kontinuierlicheren Lebensverlauf (Schmidt 2012: 466). Die „typische“ Dreiteilung des Lebensverlaufs hat noch Bestand (Naegele 2010), allerdings sind die Muster der Erwerbs- und Lebensverläufe geschlechtsspezifisch nach wie vor nicht homogen und haben die Flexibilität und die berufliche Mobilität auf den Arbeitsmärkten zugenommen und der Anteil derjenigen, die eine längere Bildungsphase aufweisen (und zu höheren Bildungsabschlüssen gelangen), ist gestiegen (Schmidt 2012). In Kombination mit weiteren ökonomischen Umbrüchen wie etwa im Zuge der Globalisierung, durch die Tertiarisierung der Wirtschaft, Informatisierung sowie den steigenden sozialen Heterogenitäten (beispielsweise die Feminisierung der Arbeitswelt sowie die Pluralisierung der Lebensentwürfe) stehen die Lebens- und Erwerbsverläufe von Menschen erheblich unter Druck (Knuth et al. 2016). Dass dies angesichts anderer und verstärkter Risiken nicht nur Entscheidungszwänge, sondern auch Entscheidungsoptionen und Entwicklungschancen als Potenzial beinhaltet, braucht nicht gesondert betont zu werden. Es eröffnet aber die Diskussion darüber, ob und wie der Staat es fördern kann und sollte, damit Individuen diese Entwicklungschancen auch wahrnehmen möchten und können.

Mit anderen Worten: Lebensverläufe unterliegen aufgrund der veränderten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen nicht nur einer Verdichtung, Überlappung und Wiederholung von Übergängen, sondern auch einer Kumulation von Risikoketten – etwa im engen Zusammenhang von räumlicher Mobilität, Bildungssystem und Arbeitsmarkt oder der starken Abhängigkeit nationaler Ökonomien von international vernetzten und verketteten Finanzmärkten und der Wirkung auf individuelle Chancen etwa im Erwerbsbereich.

Wurden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik lange Zeit entlang ihrer institutionellen und rechtlichen Verortungen diskutiert, so hat sich in den letzten Jahren mit der Lebensverlaufsforschung ein Analyse- und Forschungsansatz entwickelt,

der individuelle Verläufe politikfeldübergreifend in den Blick nimmt (Jantz 2015). Die praktische Anwendung der Lebensverlaufsforschung findet sich exemplarisch im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht sowie im ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung wieder und zeigt damit deren zunehmende Relevanz für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die individualisierungstheoretischen Ansätze stellen fest, dass es in den letzten Jahrzehnten zu einer zunehmenden Heterogenität von Lebens- und Erwerbsverläufen gekommen ist, die als De-Institutionalisierung, soziale „Strukturlosigkeit“ (Beck 1997: 195) sowie Entstandardisierung von Lebensläufen (Beck 1986) bezeichnet wird.<sup>1</sup> Eine am Erwerb orientierte „Normalbiografie“ (Kohli 1985) werde daher zusehends durch eine – nicht selten prekäre – „Bastelexistenz“ (Hitzler/Honer 1994: 311) abgelöst. Mit Blick auf geringere staatliche institutionelle Regulierungen von Arbeit, Erosionsprozessen von Berufsfachlichkeit (Baethge/Baethge-Kinsky 1998) und betrieblich vermittelten Entgrenzungsprozessen von Arbeit diagnostizierten Pongratz und Voß (2003) einen an Bedeutung zunehmenden Typus von Erwerbstätigen, den sie als „Arbeitskraftunternehmer“ bezeichnen. Er/sie zeichne sich durch verstärkte Selbstkontrolle, erweiterte Selbst-Ökonomisierung, Selbst-Rationalisierung und Verbetrieblichung der Lebensführung aus. Diese Einschätzung zeigt sich aktuell in Studien zur Vielfalt der Beschäftigungsverhältnisse in Europa (Eurofound 2015; Mandl 2015).

Die Sozialpolitik ist zunehmend durch das (z. T. verselbstständigte und dadurch häufig missinterpretierte) neoklassische Menschenbild der Ökonomik geprägt, d. h. die Eigenverantwortung der Individuen wird betont und die Steuerung der Aufgaben sozialer Dienste mit mehr wettbewerblichen Elementen vorangetrieben (Busemeyer et al. 2013; Funk 2015; Brülle et al. 2016). Etwas zugespitzt kann formuliert werden, dass je stärker neoklassische Modelle in Verkennung ihrer

<sup>1</sup> Die Firmenzugehörigkeit hat sich tatsächlich kaum verändert, aber die *subjektiv empfundene* Beschäftigungssicherheit hat offensichtlich abgenommen (z.B. Rhein 2010). Das kann an veränderten sozialpolitischen Rahmenungen und mehr Flexibilisierungsmöglichkeiten liegen, die aus Eigeninteresse der Unternehmungen nicht immer ausgeschöpft werden, aber als Option das Unsicherheitsgefühl verstärken.

eigentlichen Rechtfertigung als Kristallisationsgebäude bzw. idealtypischem Referenzmodell sozialpolitischen Empfehlungen dienen, desto stärker wird der Wettbewerbs- und Anreizgedanke in die sozialpolitische Landschaft implementiert. Und bekräftigend wirkte zudem: Je stärker die sogenannte Ökonomisierung der sozialpolitischen Diskussion und Entscheidungsfindung vorangetrieben wurde, umso vermeintlich einfacher und stringenter wurde die ökonomische Analytik im Sinne des damit verbundenen Menschenbildes. Deutlich wird, dass viele Individuen – ob als Arbeitnehmer\_in, als Leistungsbezieher\_in oder auch als Leistungserbringer\_in etwa in Sozialverwaltungen oder Organisationen des Dritten Sektors damit überfordert sind, da die veränderten Rahmenbedingungen oft eine Zwangssituation schaffen und in Kombination mit den individuellen Eigenschaften der Entscheidungsträger\_innen rationale Entscheidung überhaupt erst gar nicht zulassen (u. a. Haupt 2014 für die Altersvorsorge; Yollu-Tok 2010 für die Grundsicherung; Maier-Rigaud 2013 für den Gesundheitsbereich).

Zunächst soll hierzu kurz auf das Lebensverlaufskonzept eingegangen werden. Im Anschluss daran wollen wir die Relevanz des neoklassischen Menschenbildes für eine lebensverlaufsorientierte Sozialpolitik diskutieren und im vierten Kapitel ein mögliches und weiterentwickeltes Analysetool in Bezug auf unterschiedliche Verhaltensweisen der Individuen in verschiedenen Lebensepisoden skizzieren. Schließlich werden daraus abgeleitete Aufgaben bestimmt, die sich sowohl an die Theorie der Sozialpolitik als auch an die konkrete politische Ausgestaltung richten. In dieser Studie können zunächst nur allgemeine Probleme gängiger Herangehensweisen sowie Themen benannt werden, die dann richtungsgebend für Theorie und spezifische arbeitsmarkt- und sozialpolitische Arenen sein sollen. Ziel des Beitrags ist es, eine Art Brücke zu schlagen zwischen dem, was heutzutage unter Ökonomisierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik oder auch unter dem Schlagwort Neoliberalismus diskutiert wird, und dem Lebensverlaufskonzept. Es geht um die Frage, wie durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Lebensverläufe strukturiert werden können und sollten. Das ist u. a. deshalb keine einfache Aufgabe, weil die Vertreter\_innen des Lebensverlaufskonzepts der Ökonomik – nicht nur ihres derzeitigen Mainstream – eher ablehnend gegenüberstehen. In diesem Beitrag wird die Verbindung bzw. der Brückenschlag mit Hilfe verhaltensökonomischer Argumente geleistet. Dabei geht es darum, wie die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Risiken und Unsicherheiten abbauen hilft, es geht aber gerade auch darum, wie sie u. U. selbst (aufgrund des unterstellten Menschenbildes) Problemlagen wahrnimmt, verursacht oder verschärft. Diese Wirkmechanismen sollen herausgearbeitet und daraus Konsequenzen für die (reale) Sozialpolitik abgeleitet werden.

## 2

## DAS LEBENSVERLAUFSKONZEPT

Theoretisch ist die Lebensverlaufsperspektive<sup>2</sup> eng mit dem Befähigungsansatz von Amartya Sen (Sen 2000) verknüpft, der in Deutschland mit dem Lebenslagenkonzept von Gerhard Weisser (Weisser 1959) oder der Vitalpolitik Alexander Rüstows (Sesselmeier/Yollu-Tok 2016) berühmte Vorläufer hat. Auch die Weiterentwicklung bzw. die Spezifizierung des Befähigungsgedankens Martha Nussbaums (1998) spielt für sozialpolitische Fragen eine erhebliche Rolle. Nussbaum formuliert eine Reihe von konkreten Befähigungen, die sie aus anthropologischen Studien ableitet. Sie sieht die staatliche Sozialpolitik über Betrachtungen zu gemeinschaftlich zu lösenden Aufgaben in der Pflicht, alle diese Befähigungen der Menschen zu fördern. U. a. leitet sie daraus konkrete Umverteilungsforderungen ab, stellt aber auch auf Bildung, Gesundheit u. a. m. als staatliche Gestaltungsbereiche ab.

Das Ziel der multidisziplinären Lebensverlaufsforschung besteht dann darin, „das Zusammenspiel von Arbeit, Familie und Wohlfahrtsstaat in seinen zeitlichen und auf das Individuum bezogenen“ institutionellen und strukturellen Einflüssen zu untersuchen (Sackmann 2007: 12). In anderen Worten: Die Lebensverlaufsforschung untersucht Lebensverläufe von Menschen, die sich aus Abfolge von Episoden ergeben, wie etwa Bildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Familiengründung, Scheidung, Weiterbildung, Pflege von Angehörigen, Wiedereintritt nach Erwerbsunterbrechung usw. Die Episoden treten dabei nicht zwingend chronologisch in einer vollkommen normierten Reihenfolge auf, es sind dynamische Prozesse, die sich auch wiederholen oder überlappen können. Übergänge können sich aufgrund von freiwilligen Entscheidungen<sup>3</sup> ergeben, zum Beispiel ein Wechsel des Arbeitsplatzes, bestimmte Bildungsverläufe oder die Familiengründung. Daneben gibt es unfreiwillige Einschnitte z. B. bei einem Arbeits-

platzverlust etwa durch Unternehmenskonkurs, durch Veränderungen in den Möglichkeiten politischer oder ökonomischer Partizipation als Folge größerer Krisen und Veränderungen in Politik und Wirtschaft oder durch private Schicksalsschläge. Vieles liegt im Zwischenbereich freiwilliger und unfreiwilliger Veränderungen, wenn es etwa um berufliche Neuorientierungen, Bildungswege oder auch Entscheidungen zu Wohnort oder Ausscheiden aus dem Arbeitsleben geht.

Die Lebensverlaufsforschung untersucht daneben auch die Dauer der Episoden, die Individuen im Verlauf ihres Lebens durchlaufen, und die Übergänge in den verschiedenen offenstehenden Wegen in neue Episoden (Mayer 1998). Episoden sind damit Lebensbereiche bzw. Lebensabschnitte, die durch Übergänge gekennzeichnet sind.

Damit beschreiben Lebensverläufe Wege von Individuen durch Institutionen von Gesellschaften. Die Positionen und Rollen, die Individuen in Teilsystemen von Gesellschaften – insbesondere Familie, Bildungssystem und Erwerbssphäre – einnehmen, werden dann als „Mitgliedschaften in institutionellen Ordnungen“ (Mayer 2001: 446) verstanden. Insbesondere der Staat flankiert Lebensverläufe über materielle oder immaterielle Elemente, z. B. durch Regulierungen im bildungs-, familien-, arbeitsmarktpolitischen Bereich oder des Sozialversicherungs- sowie des Steuersystems. Das reicht von der Schulpflicht bis hin zu finanziellen Anreizen bei der Besteuerung z. B. im Rahmen des Ehegattensplittings. Der Staat auf Bundes-, Landes- und im weit verstandenen Sinne auch auf der kommunalen Ebene steuert und sanktioniert Phasen von Erwerbsarbeit bzw. Nicht-Erwerbsarbeit (insb. Bildungs-, Familien-, Krankheits- und Rentenzeiten) und gewährleistet dabei zugleich auch eine soziale Absicherung des Einzelnen (Kohli 1985). Hierbei sind Beginn, Ende und Dauer der Mitgliedschaften, d. h. das Timing von Zu-, Ab- und Übergängen institutionell mehr oder minder verbindlich vorgegeben, wie es die Regelungen zum Schulbesuch einschließlich der Möglichkeiten eines konkreten Handlungskorridors um Wechsel von Schulformen oder wie es die Regeln zum Renteneintritt andeuten. Während beim Schulverlauf die Verbindlichkeit weitgehend stabil geblieben ist, haben sich durch Reformen bei der Rentenversicherung immer mal wieder Verschiebungen hinsichtlich der Spiel-

<sup>2</sup> In diesem Beitrag wird der Begriff Lebensverlauf verwendet, um der Fokussierung der Forschungsrichtung auf strukturelle und institutionelle Aspekte Rechnung zu tragen (Mayer 1998).

<sup>3</sup> Freiwilligkeit ist selbst noch als Begriff zu diskutieren, da es auch hierbei auf das Menschenbild ankommt. Unterstellte Autonomie des Menschen führt zu anderen Schlüssen als die Vorstellung, dass Menschen gesellschaftlich gebunden handeln. Im zweiten Fall werden sie nicht durch den Staat zu bestimmten Entscheidungen genötigt, aber durch Normen und Usancen der Gesellschaft weitgehend vorbestimmt Entscheidungen treffen.

räume und Flexibilitäten ergeben. Mayer und Müller (1994) sprechen von einer Gleichzeitigkeit von Strukturierung und Handlungsautonomie: Einerseits ist der Lebensverlauf durch informelle und formelle Altersnormen und sozialstaatliche Regulierungen und Anreize sozial vorstrukturiert. Zugleich reduzieren wohlfahrtsstaatliche Normen und Transfers Ungewissheiten und Unsicherheiten bzw. bieten Autonomiegewinne.

Die quantitativ ausgerichtete Lebensverlaufsfor schung hat vor allem seit den 1980er Jahren im Hinblick auf die Theoriebildung und die methodisch-analytische Konzeption eine hohe Bedeutung erlangt. Dies drückt sich in etablierten Forschungsprogrammen und zahlreichen empirischen Studien aus. Auf einer aggregierten Ebene stellt z. B. die OECD eine Fülle von Daten zur Verfügung, die insbesondere für Ländervergleichsstudien genutzt werden können. In zunehmendem Maße stehen zudem, zumeist länderspezifisch, individuenbezogene Längsschnittdaten zur Verfügung. Zum einen konnte zunächst die akademische Sozialforschung Längsschnittstudien etablieren, wie insbesondere das Sozioökonomische Panel, die Lebensverlaufsstudie des MPI für Bildungsforschung und das Nationale Bildungspanel. Zum anderen stellen Forschungsdatenzentren, wie etwa die Bundesagentur für Arbeit (FDZ-Datenreporte) und Statistische Ämter in wachsendem Umfang individuenbezogene Längsschnittdaten bereit. Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen Datensätzen auf Personenebene oder auch Verknüpfungen zu Betriebs- oder regionalen Wirtschaftsdaten bieten dabei weitere Auswertungsmöglichkeiten. Ähnliches gilt für Daten auf noch aggregierten Ebenen. Fortentwickelt wurden zudem statistische Auswertungstechniken, wie Verfahren der Ereignisanalyse, die den Einfluss eines bestimmten Ereignisses in Abhängigkeit von weiteren Faktoren untersucht, oder die Sequenzmusteranalyse, bei der die gesamte Struktur einer Biografie im Fokus der Analyse liegt. In der soziologischen und ökonomischen Arbeitsmarktforschung ist damit die Untersuchung dynamischer Entwicklungsprozesse gegenüber statischen Querschnittsbetrachtungen in den Vordergrund getreten. Deskriptive Analysen können Verlaufsmuster, d. h. die Einbettung des individuellen Lebens in soziale Strukturen, vor allem die Teilhabe an gesellschaftlichen Positionen und Rollen auf der Ebene der sozialen Interaktion sowie von Organisationen oder von Subsystemen der Gesellschaft, abbilden. Unterschieden werden dabei Muster für unterschiedliche soziale Gruppen (Männer und Frauen, verschiedene Bildungsgruppen etc.), für unterschiedliche Länder oder für Geburtsjahrgänge (Alterskohorten) (vgl. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung 2012). Es dokumentiert sich z. B. in Mustern der Arbeitsteilung bei Männern und Frauen und an dem damit in Verbindung gebrachten *gender pay gap*: Frauen arbeiten nach wie vor in allen Ländern – auch in Deutschland – überdurchschnittlich im Bereich häuslicher Aufgaben und verdienen weniger im Erwerbsbereich – sind dort auch etwas weniger ausgeprägt als Männer tätig (vgl. Kubon-Gilke et al. 2016: Kap. 7.3).

Schließlich ist anzumerken, dass die „Klassiker“ der Lebenslaufforschung (siehe für einen Überblick Naegele 2010) stark auf die Bedeutung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen für die Gestaltung des individuellen Lebensverlaufes fokussieren. Ebenso bedeutsam sind zudem auch direkt von Or-

ganisationen beeinflusste Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. So können Betriebsrenten- oder Vorruhestands- und Abfindungsregeln von zumeist größeren Unternehmungen, auch sozialen Organisationen, erheblichen Einfluss auf den Zeitpunkt des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand entfalten. Ähnliche Wirkungen in anderen Lebensepisoden haben weitere Maßnahmen, die man der betrieblichen Sozialpolitik zurechnet (z. B. Betriebskindergärten, günstigere Regelungen der Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Immobilienkredite zu vergünstigten Konditionen, interne und externe Weiterbildungsfinanzierung, Möglichkeiten und Grenzen zu *working from home*). Ursächliche Prozesse der Institutionalisierung und Strukturierung von Lebensverläufen können also auch, und i. d. R. ergänzend, entsprechend kleinräumiger, etwa als Ergebnis der Lebenslaufpolitik von Betriebsorganisationen analysiert werden (Struck 1999). Im Kontext organisatorischer Erfordernisse und unter Berücksichtigung staatlicher oder tarifvertraglicher institutioneller Rahmungen werden in Organisationen individuelle Verläufe gelenkt. Nicht allein staatlich institutionelle, sondern auch betriebliche Übergangspolitiken konkretisieren die Verbindungen zwischen Ursprungs- und Folge- bzw. Endzustand. Sie bestimmen Chancen und Risiken von Erwerbstätigen und sie wirken dabei (stabilisierend oder destabilisierend) auf institutionell geformte Übergangsstrukturen der Makroebene zurück. Die konkrete Wirkung ist von speziellen Rückkopplungsmechanismen abhängig, wie es etwa die Synergetik offenbart.

Alle Formen von aus Sicht der Individuen bedeutsamen Übergängen im Zuge des menschlichen Lebens stehen bislang wenig im Fokus der wirtschaftstheoretischen Diskussion um die Gestaltung des Sozialstaats und sind auch in der politischen Arena trotz expliziter Lebensverlaufsfor schung anderer Wissenschaften derzeit nicht zentral. Mit einigen allgemeinen und grundsätzlichen Überlegungen soll dargelegt werden, warum erstens diese Wirtschaftstheorie- und Politiklücke entstehen und sich stabilisieren konnte und warum dadurch zweitens im Zuge zunächst nur analytisch begründeter Verkürzungen durch das gewählte Akteurskonzept wesentliche sozialpolitische Gestaltungsaufgaben übersehen werden.

## 3

## HOMO DIFFUSUS IN DER ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK

Werden Menschen als gesellschaftlich völlig gebunden in ihrem Denken und Handeln gesehen, determiniert von institutionellen und strukturellen Gegebenheiten, wie z. B. der sozialen Herkunft, oder werden gesellschaftliche Ordnungen sowie individuelle Positionen und Handlungsoptionen als (göttliche) Vorbestimmung interpretiert, dann sind freiheitliche Entscheidungen im Lebens-/Erwerbsverlauf in Frage gestellt; normativ zwingende Vorgaben und staatliche Setzungen inklusive sachwaltenden Handelns mit Vorstrukturierung des gesamten Lebens durch übergeordnete Instanzen für die Menschen bekommen zumindest argumentativen Vorschub. Werden sie hingegen im genauen Gegenteil als vernunftbegabte, vollkommen autonome, selbstbestimmte Individuen einer atomisierten Gesellschaft verstanden, dann werden individuelle Verantwortung für den Lebens-/Erwerbsverlauf und Verzicht auf staatliche Bevormundung, ggf. aber auch Verzicht auf umfassende Unterstützung, bedeutsamer. Im Hinblick auf das Ausmaß der Autonomie, der Selbstbestimmung und der Verantwortungsfähigkeit sind selbst liberale Positionen, die die Grundlage theoretischer Überlegungen zur Funktionsfähigkeit wettbewerblich organisierter Ökonomien darstellen, keineswegs homogen, auch wenn stets Freiheit und Autonomie zentral diskutiert werden. Vor allem der Grad an Verantwortungsfähigkeit, die Entstehung und die konkrete Transmission gesellschaftlicher Kategorien und Wertungen in Bezug auf Selbstbilder, Werte, Motive und Handlungen der Individuen sowie die Reichweite der Rationalität werden von verschiedenen Positionen unterschiedlich gedeutet. In vielen Denktraditionen zwischen gesellschaftlich vollständig determiniertem und uneingeschränkt selbstbestimmtem Verhalten koexistieren Forderungen nach staatlicher Unterstützung, Strukturierung, Flankierung und Normierung einerseits sowie nach staatlicher Abstinenz und Zurückhaltung bei Vorgaben zu individuellen Lebensplanungen und -gestaltungen aus Rücksicht auf die persönliche Handlungsautonomie andererseits.

Wird Menschen sehr weitreichende prinzipielle Autonomie und Verantwortungsfähigkeit zugeschrieben, folgt ein spezielles Freiheitsverständnis, wie es am klarsten vielleicht von John Stuart Mill (1991/1859: 16f.), einem entscheidenden Vertreter und Vordenker liberaler Philosophie, formu-

liert wird. Neben der Freiheit des Denkens, der Meinung und Gesinnung geht es Mill um „Freiheit des Geschmacks“ und die Autonomie, eigene Lebenspläne entwerfen und verfolgen zu können, solange anderen damit nicht geschadet wird. Autonomie kann hier verstanden werden als Freiheit vom Staat, als Freiheit von unmittelbaren staatlichen Reglementierungen und Flankierungen (Vanberg 2006: 3).

Selbst Mill betont jedoch an verschiedenen Stellen, dass Menschen u. U. nicht (vollständig) für sich autonom entscheiden und Verantwortung übernehmen können. Das konstituiert für ihn einen der Ausnahmetatbestände, die staatliches Handeln rechtfertigen. In einer engeren Kategorisierung betrifft es Fälle im Spannungsfeld der Mündigkeitskonzepte. Die Mill'schen Überlegungen laufen darauf hinaus, sachwaltende Verantwortungsübernahme z. B. für Kinder als notwendig zu erachten. Mill argumentiert darüber hinaus, dass nicht in allen Fällen den Eltern diese Funktion überlassen werden sollte, sondern Bildung eine staatliche, eine öffentliche Aufgabe darstellt (Sturn 2013: 21). Im Zusammenhang mit der Mündigkeit führt er weiter aus, dass die gesellschaftlichen Zustände sich nur durch eine Veränderung moralischer Standards und durch Befähigungen verbessern könnten, die zu unterstützen seien. Dabei verfolgt er für die Lösung die spezielle Idee, man müsse die Arbeiter\_innen zu „selbständigen Menschen erziehen“, sie also aus der Unmündigkeit und ihrer noch fehlenden Fähigkeit zur Selbstverantwortung durch Bildung und andere Maßnahmen herausführen. Der Staat bekommt also selbst bei Mill keineswegs eine völlig untergeordnete und passive Rolle.

Vielleicht noch deutlicher wird es bei Adam Smith. Auch ihm wird oft unterstellt, er gehe nicht nur von einem perfekt funktionierenden selbststeuernden Marktsystem aus, sondern auch von einem gänzlich autonom handelnden (egoistischen) Menschen. Smith formuliert aber zum Menschenbild differenzierte Vorstellungen in seinem zweiten großen Werk neben dem „Wohlstand der Nationen“ (1983/1776), der „Theorie der ethischen Gefühle“ (1926/1759). Nach Sturn (1997: 171) vertritt Smith eine „reflektiert pluralistische Sozialtheorie“. Smith habe explizit auf die milieugebundene Handlungsorientierung der Menschen verwiesen, was man auch in den Zusammenhang milieugebundener Lebensver-

läufe und Phasenübergänge bringen kann. Speziell im Zusammenhang zur Arbeitsteilung schreibt Smith:

„Der Unterschied in den Begabungen der einzelnen Menschen ist in Wirklichkeit weit geringer, als uns bewusst ist, und die verschiedenen Talente, welche erwachsene Menschen verschiedener Berufe auszuzeichnen scheinen, sind meist mehr Folge als Ursache der Arbeitsteilung. So scheint z. B. die Verschiedenheit zwischen auffallend unähnlichen Berufen, einem Philosophen und einem gewöhnlichen Lastenträger, weniger aus Veranlagung als aus Lebensweise, Gewohnheit und Erziehung entstanden.“

(Smith 1983/1776: 18).

Smith (Sturm 1997: 662) diskutiert zudem, dass eine zu starke Spezialisierung der Arbeit auf nur wenige Handgriffe die Menschen „stumpfsinnig und einfältig“ machen könne. Er sieht eine Lösung durch Erziehung und Bildung und negiert dabei nicht die Bedeutung des Staates. Zumindest in Beispielen diskutierte also auch der „Altliberale“ Adam Smith die Einflüsse gesellschaftlicher Strukturen auf die Entscheidungsfähigkeit von Menschen, auf ihre Präferenzen und Lebensvorstellungen und er sah explizit das Problem, dass eine vollständig unregulierte Marktsteuerung ohne gesellschaftliche bzw. staatliche Einflussnahme die damit verbundenen Aufgaben nicht vollständig zu Gunsten der Menschen lösen könne.

Autonomie und Freiheit zur Selbstbestimmung sind Kernthemen der Mündigkeitsdiskussion, die als Pendant die Frage beinhaltet, ob und wie Individuen Verantwortung für sich selbst, aber auch für die Gemeinschaft übernehmen können und sollen. Im Rahmen liberaler Denkweise rankt sie im Besonderen um die Frage, welchen Personen bzw. Personengruppen Mündigkeit und Verantwortungsfähigkeit, damit auch verantwortliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in welchem Ausmaße zu- oder abgesprochen wird. Bei Kleinkindern und schon eingeschränkt bei alten, demenzkranken Personen mag es noch weitgehende Einigkeit geben, bei verschiedenen Formen geistiger Handicaps wird es schon deutlich schwieriger. Einschätzungen zur Mündigkeit von Personen oder -gruppen sind zudem stets gesellschaftlich kodiert und von den Normen und Usancen einer Gesellschaft zu einer jeweiligen Epoche und ihren Organisationsmodi abhängig (vgl. dazu und den folgenden Ausführungen Schulz-Nieswandt/Sesselmeier 2008 sowie Kubon-Gilke/Kleinmann 2015: Abschnitt 3).

Zu Beginn der Industrialisierung und nach der Bauernbefreiung wurde Arbeiter\_innen Mündigkeit de facto abgesprochen – weshalb ähnlich zur Position Mills auch einige erste Vorstellungen zur sozialpolitischen Unterstützung der Arbeiter\_innen mit einer Art „Erziehungsargument“ begründet wurden (Kubon-Gilke 2013: 468). Noch Anfang des letzten Jahrhunderts wurde Frauen formal bis auf wenige Ausnahmen grundsätzlich Unmündigkeit attestiert. Damit waren sie bis auf informelle Einflussnahme automatisch weitgehend aus dem politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leben ausgeschlossen. Im Zuge der Aufklärung und der Durchsetzung der Ideen des politischen Liberalismus war es im Rahmen der Emanzipationsbewegung deshalb ein besonderes Anliegen, Frauen nicht mehr als unmündig zu klassifizieren (Nave-Herz 1997: Kap.1).

Es kann zusammengefasst werden, dass in der Frage zur Verantwortungsfähigkeit der Menschen für sich selbst zwingend eine Positionierung erfolgen muss, da sonst die Frage nach sozialpolitischen Aufgaben im Zusammenhang mit Übergängen im Erwerbs-/Lebensverlauf nicht zu beantworten ist. Wichtig ist allerdings, dass Menschen nicht nur allein für sich selbst Verantwortung zu übernehmen haben. Die Frage zur Verantwortung für Partner\_innen, Familienmitglieder, für größere Gemeinschaften bis hin zur gesamten Gesellschaft, ist analytisch ähnlich wie das Problem zu verstehen, in welchem Ausmaß und für welche Lebenslagen Individuen Selbstverantwortung tragen und unter welchen Umständen sie staatlicher Unterstützung bedürfen. Damit die individuellen Freiheiten auch ein gedeihliches gesellschaftliches Miteinander ermöglichen, ist es nach Hüther (2014: 132) nötig, dass das Zusammenleben und der Zusammenhang der Gesellschaft *intentional* in den Handlungen der Individuen präsent sind.

Für die Gemeinschaftsverantwortung wird die Gestaltung des öffentlichen Raumes (institutionell mit Diskursforen und politischer Partizipation etwa, örtlich mit Stadtteilpolitik, gemeinwesenorientierter Sozialpolitik, Wohnungsbaupolitik u. a. zu einem Kern der Demokratie, da dort im Idealfall u. a. die diskursive Koordinierung verschiedener Interessen vernunftbegabter Individuen stattfindet. Hüther (2014: 134) ergänzt, dass z. B. bei einer radikalen Privatisierung die Gefahr bestünde, dass das Gemeinsame, die angesprochene Intentionalität des Handelns im Sinne der Gemeinschaft verloren geht, da das Gemeinsame ohne die Sicherung der Freiheitsvoraussetzungen durch den Staat als nicht gestaltbar erfahren werde. Ein ausgeprägter Rückbau des Sozialstaats könnte dies verstärken. Hüther (2014: 135) betont explizit, dass das Vertrauen einerseits in die Institutionen Staat, Markt und Gesellschaft sowie Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten andererseits nicht unabhängig voneinander seien. Aus all dem folgt, dass es selbst aus liberaler Perspektive – ohne Unterstellung einer gänzlich uneingeschränkten Autonomie der Menschen und mit Rücksicht auf seine soziale Verfasstheit – sowohl des Staates zur Gewährung der *Freiheitsvoraussetzungen* zur Verantwortungsübernahme bedarf als auch des konkreten zivilgesellschaftlichen Engagements als ein Ausdruck der gesellschaftlich orientierten Handlungen der Menschen.

Dadurch entsteht jedoch im Sinne einer Gestaltungsaufgabe das komplexe Problem, welche der diversen Akteure und Instanzen welche Teile der Gesamtverantwortung übernehmen sollen und vor allem, inwiefern das Ausmaß an staatlicher Gewährleistung die Verantwortungsübernahme von Individuen für die Gemeinschaft wiederum beeinflusst. Das ist dann besonders wichtig, wenn Einstellungen, Motive und Verpflichtungsgefühle nicht exogen vorgegeben sind, aber auch nicht ausschließlich gesellschaftlich determiniert sind.

Welche Anteile, welche Ausrichtung und welches Volumen staatlicher sozialpolitischer Aktivität sind also – in den verschiedenen Lebensphasen und welchen konkreten wirtschaftlichen Gegebenheiten wie der Höhe der Arbeitslosigkeit oder des Ausmaßes an Einkommensungleichheit – neben der reinen Gewährung formaler Freiheit unumgänglich, damit sich eine Gemeinschaftsidentität im Sinne der Selbst- und Gemeinschaftsverantwortung auch im Handeln der Indivi-

duen etabliert und entfaltet? Das ist letztlich die Frage nach Bedingungen für eine friedens- und entwicklungsfähige Gesellschaft. Müller-Armack (1950) sieht genau dies als eine Aufgabe zur Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft und formuliert dazu das irenische Prinzip, indem er auf ein potenzielles Abwägungsproblem hinsichtlich wirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich hinweist.

Die Gestalt der Verantwortungsbeziehungen zwischen Einzelnen, Korporativen, Institutionen und dem Staat verändert sich mit den je spezifischen Rationalitäten, die der jeweiligen Sozialstaatskonzeption zugrunde liegen. Die Konzeption, Formung, Institutionalisierung und Überwachung dieser Beziehungen und Verantwortungszuschreibungen sind originäre Bestandteile sozialstaatlicher Politik. Ein umfassender Sozialstaat, der stark interveniert und autonome Entscheidungen der Menschen „überformt“, also den Menschen sämtliche Lebensverlaufsentscheidungen durch sozialpolitische Vorgaben abnimmt und die Individuen niemals Folgen eigener Entscheidungen tragen müssen, *kann* zur Folge haben, dass das Verantwortungsbewusstsein der Menschen für sich selbst und für andere schwindet. Das kann ebenso der Fall sein, wenn der Staat immer mehr Lebensbereiche in die eigene Verantwortung übernimmt. Letzteres betonten bereits die ursprünglichen Neoliberalen um Rüstow sehr deutlich, indem sie etwa umfassende wohlfahrtsstaatliche Programme und konkrete familienpolitische Maßnahmen wie sogar das Kindergeld in Zweifel zogen. Die Frage, ab wann und in welcher Form „zu wenig“ oder „zu viel“ sozialpolitische Unterstützung die Verantwortung von Individuen für sich und/oder die Gemeinschaft schwächt, ist damit noch nicht geklärt.

Zusätzliche Flankierungen und Vorstrukturierungen von Lebensverläufen müssen aber nicht zu schwindender Verantwortungsfähigkeit führen. Mayer/Müller (1994) argumentieren in diesem Zusammenhang, dass sozialstaatliche Vorgaben gleichzeitig Normierung bzw. Vorstrukturierungen des Lebens mit sich führen und Autonomiegewinne gewähren. Die Strukturierung und Normierung zeigt sich in den Wegen der Individuen durch die gesellschaftlichen Institutionen: Bildungssystem, Struktur und Flankierung der Erwerbsbeziehungen, Sozialversicherungssystem, Steuersystem sowie familienpolitische Arrangements etc. Beginn, Ende und Art der Mitgliedschaften in diesen Institutionen sind trotz einiger zwischenzeitlich eingeführten „Flexibilisierungen und trotz brüchig gewordener „Normarbeitsverhältnisse“ weitgehend verbindlich vorgegeben und strukturieren das individuelle Leben. Damit werden aber auch Unsicherheiten und Ungewissheiten verringert, und das kann den Individuen einen Zuwachs an Autonomie und Entscheidungsfähigkeit gewähren. Um näher zu durchdringen, wann Verantwortungsfähigkeit für sich und andere eher schwindet oder eher zunimmt, benötigt man als Grundlage u. a. sozialpsychologisch fundierte Theorien zur Frage menschlicher Wahrnehmung, Bewertung und deren Konsequenzen für das individuelle Verhalten.

Es ist also letztlich zu diskutieren und auch psychologisch besser zu untermauern, in welchem Mix von Institutionen, Arrangements und Akteuren es gelingt, sowohl Selbst- als auch Gemeinschaftsverantwortung im Lebensverlauf zu stärken und gleichzeitig alle als notwendig und sinnvoll erachteten Freiheiten inkl. der Freiheitsvoraussetzungen zu gewähren. Das ist nicht ausschließlich mit dem üblichen

Analysekonzept der Ökonomie – dem homo-oeconomicus-Modell – zu leisten, zumal dies gar nicht unbedingt einem wirklichen Menschenbild der Ökonomik entspringt, sondern eher mit einer analytisch begründeten Vereinfachung zur Rekonstruktion von Wettbewerbsergebnissen gerechtfertigt wird (vgl. Kubon-Gilke et al. 2016: Kap. 4).

Die Grundüberzeugung zur Vernunftfähigkeit von Menschen hat sich durch die analytische Vereinfachung der Ökonomik in der Politikberatung und dadurch auch im Politischen in der Zwischenzeit deutlich reduziert auf die Frage der Förderung von *Selbst*verantwortung, weniger von Gemeinschaftsverantwortung. Beides war noch deutlich im Fokus z. B. der Vordenker des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft. Die analytische Reduktion gängiger neoklassischer mikroökonomischer Modelle *im engen Sinne* besteht darin, nicht nur Vernunft bei Entscheidungen zu unterstellen, sondern überdies als spezielle Wendung vollständig rationales Handeln unter Abwägung aller Vor- und Nachteile bei festen, unveränderbaren Präferenzen der Menschen als analytische Grundlage zu wählen. Das neoklassische Denkgerüst führt dabei keineswegs zu völlig einheitlichen Einschätzungen. Kirchgässner (2013a; 2013b) zeigt an vielen Beispielen, zu welcher höchst unterschiedlichen Positionen neoklassische Ansätze *in einem weiteren Sinne* etwa zu Mindestlöhnen, der europäischen Geldpolitik oder Reformen im Gesundheits- und Sozialwesen kommen, zumal wenn die analytische Denkfigur des schwachen statt des starken Rationalitätsprinzips (Kirchgässner 2013a; 2013b) verwendet wird.

Das Prinzip der schwachen Rationalität stellt eine analytische Heuristik für die Sozialwissenschaften dar (Kirchgässner 2013a: 39) und geht „nur“ davon aus, dass Individuen Ziele haben und sich im Rahmen von Nebenbedingungen entscheiden. Dieses Verhalten wird als *analytisch rekonstruierbar* durch die Annahme rationalen Verhaltens gesehen. Die einzig wichtige Voraussetzung für diese analytische Vereinfachung wird darin ausgemacht, dass sich ein Individuum zum Zeitpunkt der Entscheidung konsistent verhält (Kirchgässner 2013b: 267). Soziale Motive, Altruismus, Gemeinschaftsorientierung sind so prinzipiell integrierbar – allerdings als etwas beliebig wirkendes (exogen gesetztes) Element der Nutzenfunktion. Abgesehen davon, dass die Rekonstruktion mittels schwacher Rationalität schnell tautologisch wird, indem zu jedem beobachteten Verhalten eine dazu genau passende Präferenz herausgesucht und unterstellt wird, stellen sich zwei Probleme mit diesem Ansatz. Diese Rekonstruktion ist erstens speziell bei *endogenen* Präferenzen angreifbar und zweitens werden die Modellierungen oft so interpretiert, als ob rein eigennutzorientierte, vollständig rationale Individuen mit festen Präferenzen als tatsächliche Beschreibung des Menschen unterstellt würden.

Zumindest in der Neoklassik *im engen Sinne* verschwand jedenfalls die Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Verhältnissen und institutionellen Gegebenheiten aus der Modellierung (Erlei 2010: 70ff.). In gewisser Weise handeln nach der starken Rationalitätsannahme die Menschen als Optimierungsalgorithmen, als Agent\_innen ihrer fest vorgegebenen Wünsche und Präferenzen. Damit wird im Modell auch so etwas wie Verpflichtung für die Gemeinschaft zur exogenen, vorgegebenen Größe (oder zu einem oft willkürlich wirkenden Element der Nutzenfunktion), die nicht selbst

durch staatliches Handeln beeinflusst wird außer durch aufgespannte Restriktionen, innerhalb derer die Individuen wählen können. Zusätzliche Aufgabe des Staates ist in einem solchen Rahmen dann neben der Freiheitsgarantie plus Sicherung rudimentärer Freiheitsvoraussetzungen nur noch, über die Verfassung und spezifische Gesetze solche Governance-Strukturen und Ordnungsvorgaben zu wählen, unter denen die Individuen durch selbstverantwortliches Handeln möglichst einen für alle günstigen gesellschaftlichen Entwicklungspfad generieren. In der Neoklassik i. e. S. wird dann in einer Art Referenzwelt abgeleitet, dass unter idealisierten Bedingungen Märkte effiziente Ergebnisse generieren. Die enge Neoklassik mit ihren Thesen zu stets effizienten Märkten und dem weitgehenden Ignorieren etwa des Machtproblems in Kombination mit einem überaus (zunächst nur analytisch begründetem) weitreichenden Autonomieverständnis bei menschlichem Verhalten führen zu solchen Politikempfehlungen, die *heutzutage* oft als neoliberal gekennzeichnet werden.

Die Verschiebung der Vorstellungen zur Vernunft- und Verantwortungsfähigkeit hatte nun tatsächlich politische Konsequenzen. Der Fokus auf *Selbst*verantwortung von im Prinzip vollständig oder auch „schwach“ rational handelnden Menschen – als sehr spezielle Vernunftannahmen – führte nicht nur dazu, dass die Gestaltung des öffentlichen Raumes eher zur Nebensache im Sozialstaatsdiskurs wurde. Eine weitere Konsequenz war, dass den individuellen Lebensgestaltungen, den Verursachungen in gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. der sozialpolitischen Unterstützung der Menschen in ihren Lebenslagen inzwischen weniger Beachtung geschenkt wird. Unbefriedigende Lebenssituationen sind in dieser Art der Modellierung individueller Entscheidungen letztlich nur Konsequenzen von Nutzen- und Unsicherheitsabwägungen, bei denen Individuen rationale Entscheidungen getroffen haben und die Algorithmen der Entscheidungsfindung unter speziellen Nebenbedingungen Lösungen und Entscheidungen generierten, die sich dann als nachteilig erwiesen haben – sozusagen gezogene Niete in einer freiwillig eingegangenen Lotterie. Sie erfordern keine gesonderte Beachtung und keine spezielle Unterstützung der Menschen abseits rudimentärer Sozialpolitik etwa im Sinne einer Mindestsicherung auf niedrigem Niveau. Stattdessen wird auf neue Eigeninitiative gesetzt, die gefordert, aber auch gefördert werden soll. Dass sich solche Tendenzen nicht in den Ausgaben für Sozialpolitik zeigen, hat u. a. damit zu tun, dass neue Tatbestände bzw. die Interpretation neuer Bedarfe im Rahmen der nach wie vor prägenden deutschen Sozialstaatslogik sozial-, vor allem familienpolitische Leistungen nach sich zogen. Was sich geändert hat, war die Ausrichtung sozialpolitischer Vorgaben hin zu anreizfokussiertem Fordern und Fördern, nicht das Gesamtvolumen der Ausgaben. Dabei wurden u. a. die notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige bzw. befriedigende Teilhabe am Erwerbsleben wie z. B. Qualifizierungsmöglichkeiten oder Möglichkeiten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht berücksichtigt. Statt auf gute Arbeitsmarktdienstleistungen wird eben nunmehr auf Sanktionen und Zwang gesetzt.

Diese anreizfokussierende Entwicklung lässt sich beispielhaft sehr gut an den Reformen in den Bereichen der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung auch und gerade für Deutschland zeigen.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sehen Clasen und Clegg (2011) diese auf dem Weg zur „Triple Integration“. Darunter verstehen sie vor allem:

- die Vereinheitlichung der Arbeitslosenabsicherung, d. h. weniger parallele Leistungssysteme mit Herausbildung eines dominanten Leistungssystems, die Verminderung der Unterschiede zwischen Leistungssystemen sowie eine weniger lohnbezogene Arbeitslosenversicherung als zuvor;
- die Rekategorisierung, d. h. die Ausweitung des administrativen Status „arbeitslos“, Reduzierung struktureller Unterschiede zwischen Arbeitslosigkeits- und anderen Sozialleistungsprogrammen (Leistungsberechtigung, Erwerbsfähigkeit) und damit die Überführung von Sozialleistungsbezieher\_innen in Arbeitslosenabsicherung sowie die Zusammenführung von Programmen und die Schaffung eines Transfersystems für alle Personen im erwerbsfähigen Alter;
- die Aktivierung, d. h. eine engere Verknüpfung von passiven und aktiven Leistungen, strengere Anforderungen bezüglich Jobsuche, stärkerer Arbeitsmarktfokus bei der Beratung, stärkere „work-first“-Orientierung sowie einheitliche Verwaltungsstrukturen („one-stop-shops“).

In der Alterssicherung wurde basierend auf dem Weltbankvorschlag der drei Säulen in vielen Ländern, darunter auch in Deutschland, eine kapitalgedeckte Säule eingeführt bzw. gestärkt und die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung eingeschränkt. Seitdem hat sich in einer Kombination aus Sozialpolitik und Konsumentenschutz eine breite Debatte darüber entwickelt, wie man die Subjekte zu einem „richtigen“ Vertragsabschluss einer kapitalgedeckten Altersvorsorge motivieren kann (vgl. u. a. Haupt 2014).

Im Bereich der Krankenversicherung wurden Wahltarife und Rückzahlungsmodalitäten in die Verträge eingebaut, die die Versicherten zu einem geringeren Konsum an Gesundheitsleistungen und -produkten animieren sollten.

Hinter all diesen Reformmaßnahmen steht die Annahme, dass die Individuen im jeweiligen Fall in der Lage sind, rational und situativ-nutzenmaximierend zu entscheiden und dies auch tun (vgl. u. a. Maier-Rigaud 2013).

Homo oeconomicus, der rational handelnde „vernünftige Mensch“, wird jedoch als Modell u. a. dann schon problematisch, wenn strategisches Verhalten von Bedeutung ist, wenn es Massenphänomene wie Herdenverhalten gibt, supermodulare Strukturen multiple Gleichgewichte generieren, bei denen es strategische Situationen mit „guten“ und „schlechten“ Gleichgewichten gibt, wenn verhaltenswirksame Identitäten durch ökonomische und gesellschaftliche Prozesse geformt werden oder wenn es Zeitinkonsistenzprobleme gibt. Spieltheoretische Experimente, empirische Erkenntnisse und offensichtliche Fehlprognosen mittels homo oeconomicus zeigen, dass in diesen Fällen ein anderes Modell menschlichen Verhaltens unterlegt werden muss (Wolf 1924; Kirchgässner 2000, 2008; Kliemt 2001; Führ 2003; Schlicht 2003; Dahrendorf 2006). Das analytische Kunstwesen homo oeconomicus wird deutlich überdehnt, indem es als Beschreibung der wahren und „normalen“ Entscheidungshintergründe der Menschen eine Umdeutung analytischer Vereinfachun-

gen erfährt. Zusammengefasst: Der Theorierahmen der Neoklassik legt zum einen nahe, dass Märkte „im Prinzip“ effizient koordinieren und zum anderen, dass im Normalfall Individuen konsistente, rationale Entscheidungen treffen und für die Folgen ihrer Entscheidungen Verantwortung übernehmen können und sollen. Da die Neoklassik weitgehend im institutionenfreien Raum argumentiert, werden Marktinterventionen, komplementäre Institutionen wie Kammern, Verbände, Gewerkschaften als wichtige Akteure in der gesamten korporatistischen Struktur einer Gesellschaft oder staatliche Formen der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen in der Tendenz grundsätzlich kritisch gesehen.

Eine solche Sichtweise ist verkürzend, und zwar nicht allein wegen der anfangs angeführten demokratietheoretischen Zusammenhänge zur Bedeutung der Gemeinschaftsverantwortung. Vernunftfähigkeit heißt weder, dass im Verlauf des eigenen Lebens stets souverän entschieden werden kann, dass nicht Heuristiken und Daumenregeln bei Entscheidungen verwendet werden, noch, dass die Lebensentwürfe von Individuen, ihre Wünsche und Vorlieben sowie ihre Verpflichtungsgefühle gegenüber Mitmenschen unveränderliche Größen sind. Einstellungen, Motive und Verhaltensweisen werden vielmehr geformt von wahrgenommenen Kontexten, in denen sich die Menschen befinden. Das kann mit verhaltensökonomischen Ansätzen untermauert und spezifiziert werden und eröffnet Perspektiven zur Beantwortung der Frage nach unterstützenden Aufgaben der Sozialpolitik zur Befähigung der Individuen hinsichtlich ihrer Selbst- und Gemeinschaftsverantwortung.

Endogene Präferenzen und kontextgebundenes Verhalten sind, wie die Verhaltensökonomik zeigt, tatsächlich bedeutsam und auch analytisch relevant für Lebens- und Erwerbsverläufe. Nicht nur Verpflichtungsgefühle gegenüber anderen, gegenüber der Umwelt etc. sind kontextgebunden, auch die eigenen Lebensentwürfe und Vorstellungen eines guten, gelingenden Lebens sind wandelbar und hängen systematisch vom wahrgenommenen Kontext der Individuen ab. Kontexte variieren z. B. je nach Arbeitszusammenhang. Arbeit im familiären Bereich z. B. bei der Betreuung und Erziehung von Kindern oder der Pflege älterer Angehöriger ist mit anderer Logik, einem anderen Selbstverständnis als Erwerbsarbeit verbunden. Menschen sehen sich in den verschiedenen Sphären und in unterschiedlichen Episoden aus unterschiedlichen Motiven heraus handeln, d. h. ein Kontextwechsel ist mehr als nur eine große ökonomische Veränderung etwa durch Einkommensveränderungen unter sonst gleichen Präferenzen, die es mit rationalen Entscheidungen zu meistern gilt. Man wechselt gewissermaßen eine Koordinationslogik und sieht sich unterschiedlich motiviert je nachdem, ob man in einem Traditionssystem wie der Familie mit gegenseitigen Rechten und Pflichten agiert, in Markt- oder Autoritätsbeziehungen (Kubon-Gilke 2013: Kap. 2.4). Übergänge im Lebensverlauf mit gewandeltem Kontext konstituieren auch Veränderungen in der Selbstwahrnehmung von Menschen, sie sind mit Unsicherheiten über die eigene Rolle verbunden, berühren Selbstwertgefühle, und sozialpolitische Setzungen können sowohl zur Reduktion als auch Vergrößerung der Unsicherheiten beitragen. Dies ist bislang in der theoretischen Auseinandersetzung um sozialpolitische Aufgaben in der Ökonomik wenig in den

Blick genommen worden. In gewisser Weise hat sich die Annahme vernunftfähiger Menschen, gepaart mit einer speziellen Analyseverfahren, verselbstständigt und so den Blick auf spezifische Aufgaben des Sozialstaats verschleiert. Diese einseitige Sichtweise führt zu inadäquaten Politikvorschlägen und ist aus analytischen und gestalterischen Gründen zu hinterfragen bzw. zu ersetzen.

Eine besondere Problematik entsteht, wenn die analytische Vereinfachung der Rationalitätshypothese zur Vermutung über wahre Bestimmungsgründe menschlichen Verhaltens wird. Dann werden all die – gut gesicherten – psychologischen Zusammenhänge unterschlagen oder in den Bereich der Anomalien verschoben, die spezifischen, aber auch eher diskretionären Handlungsbedarf für sozialpolitische Bereiche im Zusammenhang mit Lebensverlaufsbrüchen anzeigen.

Es sollte deutlich geworden sein, dass eine ertragreiche und die Sozialpolitik fordernde wie fördernde Lebensverlaufsfor-schung ein multi-, nach Möglichkeit sogar ein interdisziplinäres Menschenbild braucht. Dominiert wie in den letzten Jahren der einfache neoklassische Ansatz, dann sind alle Menschen im Sozialstaat in negativer Konnotation nur „Täter\_innen“, die, den gesetzten Anreizen folgend, das soziale System ausnutzen. Das sind sie manchmal auch, aber eben nicht nur, sondern in der Mehrzahl Personen, die mit Übergängen in ihrem Lebensverlauf konfrontiert sind und denen der Sozialstaat zur Überwindung und Gestaltung dieser zur Seite stehen sollte.

Die homo-oeconomicus-Annahme abzulösen durch eine eher willkürlich wirkende Sammlung von „Anomalien“ kann keine Alternative sein, da aus einer bloßen Sammlung verschiedenster Verhaltensweisen aufgrund unterschiedlichster Ursachen keine Handlungsanleitungen für grundsätzliche sozialpolitische Reformen abgeleitet werden können. Ebenso wenig zielführend ist es, nur spezielle sozialpsychologische Erkenntnisse für „den ökonomischen Menschen“ zur analytischen Grundlage zu machen. Es gibt inzwischen geradezu eine Inflation verschiedener analytischer homines-Typen wie homo oecologicus, homo neubiologicus (Höfling/Tretter 2013) oder homines culturalis (Erlei 2007). Auch wenn in allen Ansätzen relevante Verhaltens- und Bewertungsgründe Grundlage sind, entsteht aus der Gesamtschau eher ein Eindruck von „homo varius“ oder gar „homo diffusus“. Notwendig ist deshalb vielmehr eine systematisierende und übergreifende Vorstellung zur Vielfalt von Erkenntnissen über menschliches Handeln in verschiedenen Kontexten (Familie, Bildungssystem, im Unternehmensumfeld z. B.) und im Zeitverlauf, also der pfadabhängigen Entwicklung. Dazu müsste es in einer Theorie der Sozialpolitik Überlegungen geben, um zu analysieren, in welcher Weise die Sozialpolitik Spielräume eröffnen kann, in denen Individuen für sich selbst Entscheidungen im Sinne des Zieles eines „gelingenden Lebens“ zu fällen in der Lage sind. Nötig ist ein Modell verbunden mit der Idee einer sozialwissenschaftlich disziplinübergreifenden Vorstellung über menschliches Handeln und Entscheiden inkl. einer Hilfestellung dafür, welche analytischen Notwendigkeiten je nach Frage und Problem daraus abgeleitet werden können. Dies erscheint umso dringlicher, als die sozialpolitische Forschung, will sie relevant sein, eine per se institutionen- und verhaltensökonomische ist, da menschliches Handeln gerade in diesen Bereichen stark von formalen und informellen Rahmenbedingungen geprägt wird.

## 4

## DER LEBENSVERLAUF IM SPIEGEL DES HOMO OECONOMICUS INSTITUTIONALIS

Aus Sicht der Lebensverlaufspolitik steht die Befähigung der Individuen im Mittelpunkt, d. h. die zentrale Frage ist, wie Menschen im Zusammenspiel verschiedener sozialpolitischer Bedingungen und Interventionen befähigt (also in die Lage versetzt und unterstützt) werden können, ihr Leben zu gestalten und Übergänge zu bewältigen. Festgestellt wurde, dass vor allem soziale Risiken und Probleme Menschen überfordern (Naegele 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung 2014), aber auch, dass Menschen befähigt werden können, Chancen und neue, eventuell erweiterte Handlungsoptionen bei Übergängen im Lebenslauf zu erkennen und zu nutzen. Das Auftreten von sozialen Risiken und Chancen ist wiederum stark von bestimmten individuellen Strukturmerkmalen abhängig, wie zum Beispiel Geschlecht, ethnisch-kultureller Hintergrund, Unterschiede in Lebensläufen und -stilen, die wiederum miteinander verwoben sein können. Daher muss Intersektionalität bei den jeweiligen Befähigungsstrategien zentral in den Blick genommen werden (Blome 2016). Hierbei ist wichtig, die Anreize zur Befähigung richtig zu setzen; dazu muss wiederum die sozialpolitische Annahme vom menschlichen Verhalten genauer betrachtet werden.

Homo oeconomicus stellt einen Referenztypus dar, welcher die Wirklichkeit idealisierter Wettbewerbsgleichgewichte unter gleichzeitiger Vereinfachung rekonstruiert und in vielen Studien für Prognosen zur Wirkung politischer Interventionen genutzt wird. Ziel ist nicht „...die Erklärung im Detail, (sondern die) Erklärung im Prinzip.“ (Von Hayek 1952: 42f.). Dies führte aber, wie im voranstehenden Kapitel skizziert, zu starker Kritik am ökonomischen Verhaltensmodell. Wenn aus analytischen Gründen die Annahme der strikten Rationalität menschlicher Entscheidung bei fest vorgegebenen Präferenzen aufgegeben werden muss, muss die Frage nach der Alternative einer besser geeigneten Methode zur Isolierung geeigneter Verhaltenshypothesen beantwortet werden.

Das Konzept des Homo oeconomicus institutionalis (Bizer/ Gubaydullina 2007; Yollu-Tok 2010) bietet solch eine Alternative als eine Heuristik zur Identifizierung analytisch sinnvoller Annahmen über menschliches Verhalten je nach Fragestellung, da die Heuristik auf breiter Kenntnis sozial- und individualpsychologischer Kenntnisse beruht und die Frage nach der analytischen Eignung spezieller Annahmen fokus-

siert. Je weitreichender die Frage ist (wie der Lebensverlaufsansatz) und je länger der Zeithorizont der Frage ist, desto komplexer muss tendenziell die Verhaltensannahme werden<sup>4</sup>. Die Anwendung dieser Methode findet sich in der „HOI-ristik“ (heuristische Methode des Homo oeconomicus institutionalis) wieder, einer ökonomischen Verhaltensanalyse, die stufenweise das beobachtbare Verhalten zu erklären versucht. Wichtig ist, dass die HOI-ristik als Methode im Sinne eines analytischen Werkzeugkastens funktioniert, welcher systematisch verschiedene Erklärungsmöglichkeiten für die Entscheidung bzw. das Verhalten der Individuen über den Homo oeconomicus hinaus liefert und Entscheidungshilfe für die analytische Eignung verschiedener Verhaltensannahmen je nach Frage- und Problemstellung liefert. Im Folgenden werden die fünf Stufen der HOI-ristik und deren Relevanz für das Lebensverlaufskonzept vorgestellt.

### 4.1 MENSCHLICHES VERHALTEN – BEDINGTE ÖKONOMISCHE VERNUNFT

Die Erklärung des Verhaltens bezieht sich auf der ersten Stufe noch auf die klassischen Annahmen der Ökonomik und untersucht, ob sich das Verhalten aus dem Zusammenspiel von festen, eigennützigen Präferenzen, die auf (monetäre) Restriktionen treffen, tatsächlich erklären lässt bzw. für welche (kurzfristigen und Kontexte nicht wesentlich tangierenden) Analysezwecke ein solchermaßen reduziertes Menschenbild nutzbar ist. Der (analytisch reduzierte) Mensch kann in dieser Stufe für jede Situation neu seinen Nutzen maximieren, d. h. Lern- oder Gewohnheitseffekte werden hier nicht berücksichtigt. Es geht dabei sowohl um

<sup>4</sup> Eine Komplexitätserhöhung etwa mit endogenen Präferenzen wird dann häufig notwendig werden, aber zwingend ist es nicht, da es auf übergeordneten Ebenen Glättungs-, Eliminations- und Systemeffekte geben kann (vgl. Schlicht 1985), die bestimmte Mikrobeziehungen irrelevant werden lassen für die untersuchte Frage und die dann nicht komplexere, aber andere Modelle sinnvoll machen – diese müssen jedoch stets jeweils aus dem allgemeinen psychologischen Modell über menschliches Fühlen, Denken und Handeln heraus begründet werden.

reale Handlungsanleitungen als eben auch darum, analytisch sinnvolle Vereinfachungen vorzunehmen, wenn sich andere Verhaltensbestimmungen, Rekonstruktion von Wettbewerbsprozessen und Prognosen nicht wesentlich ändern. Die erste Stufe der HOI-ristik überprüft somit zunächst den Homo oeconomicus. Die zweite Stufe der HOI-ristik begründet Annahmen über begrenzte Rationalität, d. h. das Individuum kann auf der Basis fehlender Informationen bzw. ungenügender Informationsverarbeitung keine optimalen Entscheidungen treffen, und bestimmte Verhaltensoptionen wie etwa der Abschluss komplexer Verträge für die verschiedensten Konstellationen, die Entscheidungen nach sich ziehen können oder die durch politische und wirtschaftliche Entwicklungen verursacht werden, werden deshalb von vornherein als nicht möglich betrachtet. Man begrenzt im Modell die Verhaltens- und Lösungsoptionen, weshalb das Verhalten als begrenzt rational bezeichnet wird, in der Literatur ist das bekannt als ‚bounded rationality‘ (Simon 1955, 1982). Hierbei wird die ökonomische Rationalität nicht grundsätzlich in Abrede gestellt, sondern spezifische Beschränkungen thematisiert: Der Mensch, der sich – real oder im analytischen „als-ob“-Verständnis mit einem geringeren Optimierungsgrad zufrieden gibt, ist ein ‚Satisficer‘ (Kirchgässner 2000, 2008; Führ 2003), dessen Nutzenerfüllung aufgrund der kognitiven Grenzen unterhalb des Maximums erfolgt, aber dennoch die Orientierung am als exogen unterstellten Nutzen erhalten bleibt. Hierfür bindet sich der Mensch zur Wahl der Handlungsalternative neben der Beachtung formaler, sanktionsgekoppelter Vorschriften insbesondere an Regeln, die sich in der Vergangenheit bei ähnlichen Entscheidungssituationen bewährt haben. Somit ist das Individuum im analytischen Sinne „...nicht fähig zu optimieren. Es ist vielmehr ein routine- oder regelgesteuerter Organismus, der sich mit zufriedenstellenden Eigenschaften begnügt“ (Erlei et al. 1999: 9).

Das beschränkt-rationale Verhalten der Individuen hat in der Sozialpolitik vor allem unter dem Stichwort „financial literacy“ Eingang gefunden. Weitgehender Konsens ist, dass mit der Betonung der Eigenverantwortlichkeit und der damit einhergehenden Verschiebung der Risikoabsicherung in den privaten Bereich, der/die Verbraucher\_in vollständig informiert bzw. befähigt sein muss, um nutzenmaximierende Entscheidungen vorausschauend zu treffen, um so Brüche im Lebensverlauf zu vermeiden. Im Bereich der Alterssicherung spielt „financial literacy“, d. h. die ökonomische Bildung der Menschen, eine entscheidende Rolle, damit sie in die Lage versetzt werden, vor dem Eintritt der Lebenslage „Rente“ aus den verschiedenen Angeboten einer privaten Altersvorsorge die nutzen-maximierende Alternative rechtzeitig wählen zu können (vgl. beispielsweise Bucher-Koenen/Lusardi 2011; Kramer/Ruske 2015). Indirekt zeigen auch familienpolitische Fragen den Rückgriff auf Konzepte der bounded rationality. Die Ehe wird als eine Art Mustervertrag betrachtet, die der Tatsache Rechnung trägt, dass gerade in der als sehr langfristig angelegten Gemeinschaft von Menschen kaum alle möglichen Zukunftsentwicklungen (Anzahl der Kinder, berufliche Entscheidungen bzw. Optionen der Partner\_innen, Erkrankungen im Kreis der Angehörigen, Gesetzesänderungen u. v. a. m.) in einem komplexen Ehevertrag erfassbar sind. Es zeigt sich bei der Diskussion rund um bounded rationality, dass die Menschen eigenen Regeln und Routi-

nen in Bezug z. B. auf die Altersabsicherung folgen (Bode/Wilke 2014; Haupt 2014). Bisherige Lösungsstrategien fokussieren insbesondere ein Mehr an Bildung und die Stärkung staatlicher Verantwortung. Diese Vorschläge setzen nur an den kognitiven Grenzen der Individuen an und nicht an möglichen anderen Formen der Verhaltensbestimmung, die mit dem traditionellen Rationalitätskalkül nicht erfasst werden.

Daniel Kahneman und Amos Tversky (1979) lieferten mit der Prospect-Theorie eine vielbeachtete und ökonomisch relevante systematische Erklärung für das Verhalten jenseits der ökonomischen Rationalität im Sinne des neoklassischen Modells, d. h. die Erkenntnis, dass Individuen eine Entscheidung unter Unsicherheit nicht „objektiv“ nach Maßgabe des reinen Erwartungswertes, sondern gerade auch je nach wahrgenommenem Kontext vornehmen, obwohl die Informationslage und -verarbeitung gewährleistet sind. So ist es für das Verhalten erheblich, ob Menschen identische Entscheidungssituationen als drohenden Verlust oder als möglichen Gewinn interpretieren. Und dafür reicht bereits eine unterschiedliche Beschreibung der hinsichtlich der Erwartungswerte identischen Entscheidungssituation. Somit spielen bei den Entscheidungen gerade auch Verhaltensdimensionen eine Rolle, die im einfachen neoklassischen Menschenbild und damit – bei dessen Anwendung – bei der Gestaltung der Sozialpolitik unberücksichtigt bleiben.

Die verstärkte Betonung der Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortlichkeit als ein Kennzeichen des sozialpolitischen Umbaus stellt sich somit als verkürzt dar. Aus der Psychologie ist bekannt, dass die Gewährleistung von Entscheidungsfreiheit nicht immer zu dem gewünschten Ergebnis führen muss und kann. Menschen stehen aufgrund der volatilen Lebensverläufe öfter vor Entscheidungen, die nicht nur kurzfristige, sondern gerade auch langfristige Auswirkungen auf den Lebensverlauf haben. Aus einer bestimmten Entscheidung heraus bilden sich bestimmte Pfade im Lebensverlauf, zum Beispiel die Berufswahl, die sich langfristig auf das Erwerbseinkommen auswirkt, aber auch das eigene Selbstbild berühren, was wiederum nachfolgende Entscheidungen beeinflusst. Kubon-Gilke et al. (2016: Kap. 4) argumentieren am Beispiel der Zugänge etwa zur Bildung oder zum Arbeitsmarkt, dass für analytische Zwecke überprüft werden muss, wie versatil, plastisch und variabel Präferenzen tatsächlich sind. Versatilität stellt dabei unmittelbar auf den Aspekt der Kontextabhängigkeit ab. Das hat Konsequenzen für die Theorie der Sozialpolitik und die konkrete Politik. Ein Pfadwechsel wird sozialpolitisch z. B. durch Weiterbildung und Umschulungsmöglichkeiten, d. h. durch Befähigung des Individuums unterstützt, jedoch kann der intendierte Pfadwechsel an Grenzen stoßen, da Menschen ihre Entscheidungen, wie zum Beispiel eine Umschulung zu absolvieren, nicht unabhängig von ihrem bisherigen Engagement beurteilen, d. h. die bisherig getätigten (Aus)Bildungskosten (materiell oder immateriell) werden bei der Entscheidungsfindung (für oder gegen eine Umschulung) berücksichtigt. Aus der Verhaltensökonomie ist bekannt, dass Menschen die Kosten, die in der Vergangenheit angefallen sind, überbewerten und damit die Neigung haben, ihren Status quo nicht zu ändern (Knetsch 1989; Hartman et al. 1991; Johnson et al. 1993). Individuen unterschätzen damit den Nachteil, der durch das Beharren im Status quo

entstehen kann, indem sie zum einen die aktuellen Kosten (bekannt auch als *Sunk-Cost-Effekt*) und zweitens die Kosten der entgangenen Gelegenheiten – nämlich die *Opportunitätskosten* – ignorieren (Frey 1990). Es kann sogar dazu führen, dass weitere Anstrengungen unternommen werden, um einen eingeschlagenen Weg beizubehalten statt im Sinne von „bygones are bygones“ einen Neustart in die Wege zu leiten und sich für eine andere Richtung zu entscheiden. Die Beharrungstendenz kann also sogar zu eskalierenden, teuren und damit individuell nachteiligen Entscheidungsfolgen führen. Gigerenzer (2013) setzt zur Lösung insbesondere auf Bildung und die didaktisch gut aufbereitete Darstellung von Entscheidungssituationen, mit deren Hilfe die Individuen ihren Entscheidungsblockaden entkommen können oder nachteilige Entscheidungen erst gar nicht treffen. Es verbleibt jedoch als analytische Aufgabe, ob dies der geeignete Weg ist oder eher „Nudging“, also Schubsen der Individuen in die für sie vorteilhafte Entscheidung mittels Kontextualisierung, wie es Thaler/Sunstein (2009) in ihrem Ansatz des libertären Paternalismus vorschlagen.

Daneben können noch weitere verhaltensökonomisch erklärbare Gründe ein durch staatliche Setzungen nicht intendiertes Verhalten an den Übergängen im Lebensverlauf auslösen: Die unterschiedliche Bewertung von Gewinnen und Verlusten zeigt sich zum Beispiel wiederum in den bereits erwähnten verhaltensökonomischen Experimenten und zahlreichen Studien von Kahneman und Tversky (1979, 1991, 1992). Menschen bewerten Verluste subjektiv stärker als Gewinne in derselben Höhe. Überdies zeigt sich: Je höher das Engagement und somit die Verantwortung eines Individuums bezüglich einer Handlung ist (wie beispielsweise die materielle und immaterielle Investition in die eigene Ausbildung), desto höher ist auch die auftretende Verlustaversion (Shefrin/Statman 1984) und damit der Wunsch im Status quo zu beharren.<sup>5</sup> Individuen haben eine Aversion gegenüber Verlusten, woraus folgt, dass sie sich bei der Entscheidung zwischen dem Verbleib im Status quo und einer Lotterie von positiven und negativen Veränderungen vom Status quo in der Regel gegen das Risiko entscheiden – d. h. risikoavers sind.

Die Prospect-Theorie berücksichtigt auch, dass Individuen bei der Erfassung und Einschätzung von Eintrittswahrscheinlichkeiten an Grenzen stoßen. Gigerenzer (2013) gibt geradezu dramatische Beispiele, wenn selbst in Statistik gut ausgebildete Mediziner\_innen etwa aus den Ergebnissen von Vorsorgeuntersuchungen völlig falsche Wahrscheinlichkeiten für eine tatsächliche Erkrankung ableiten. Das gilt auch für Entscheidungen von Individuen über ihre berufliche und private Zukunft. Menschen handeln demnach nicht, in Kenntnis und nach strengster Auslegung, nach den statistischen Gesetzen der Erwartungsnutzentheorie, sondern weichen systematisch davon ab (Gigerenzer et al. 1989).

Insofern kann das klassische Wahrscheinlichkeitsgesetz das Verhalten der Menschen in der Realität nicht ausreichend erklären.

Durch Regulierungen im bildungs-, familien-, arbeitsmarktpolitischen Bereich oder des Sozialversicherungs- sowie des Steuersystems flankiert der Staat Lebensverläufe. Diese materiellen (durch Anreize) und immateriellen (durch Zeit- und Infrastrukturleistungen) Regulierungen können jenseits der ökonomischen Rationalität dahingehend bewertet werden, ob sie etwa der gewünschten Befähigung im Wege stehen oder sie fördern.

## 4.2 DER MENSCH IST NICHT NUR EIGENNÜTZIG: FAIRNESS UND GERECHTIGKEIT

Präferenzen als Antrieb und Grund des menschlichen Handelns sind im Modell des Homo oeconomicus durchweg als rein eigennützig unterstellt. Zahlreiche experimentelle und empirische Untersuchungen zeigen aber, dass Menschen in der Realität in ihren Entscheidungen in vielen Kontexten Fairness- und Reziprozitätsnormen folgen: Ein Individuum handelt reziprok, wenn es freundliches oder kooperatives Verhalten belohnt und unkooperatives oder unfreundliches Verhalten bestraft, auch wenn die Bestrafung mit individuellen materiellen Kosten verbunden ist (Selten 1978; Güth et al. 1982; McCabe et al. 1998; Bowles/Gintis 2002).

Basis einer reziproken Handlung ist die Vorstellung einer fairen Verteilung von Ressourcen (distributive Gerechtigkeit bzw. Verteilungsgerechtigkeit) bei zwei- oder mehrseitigen Beziehungen (Lengfeld 2003; Pfeifer 2004). Bei Verteilungsgerechtigkeit geht es um die Gerechtigkeit von Verteilungsergebnissen und von Verteilungsregeln (Sen 2000). Falk, Fehr und Fischbacher (2000) stellen in einem Experiment die erhebliche Bedeutung der Intention einer Handlung für die Beurteilung von Fairnesssituationen fest: Ein Individuum wird bestraft, sofern es für ein unfreundliches Verhalten selbst verantwortlich ist und zwar auch dann, wenn sich die strafenden Personen dadurch selbst einen Nachteil einhandeln. Die Bestrafung erfolgt aber typischerweise nicht, wenn es selber nichts für die Handlung bzw. die Folgen kann. Diese Erkenntnis sollte gerade im Rahmen der Fördern- und Fordern-Logiken in Verbindung mit der postulierten Eigenverantwortung Berücksichtigung finden.

Bei der Betrachtung von Präferenzbildung spielen Ergebnisse aus der Motivationsforschung eine tragende Rolle und führen zu einer besseren Erklärung und Prognostizierung des menschlichen Verhaltens (die ersten Arbeiten hierzu sind u. a. bei Duesenberry 1949; Schmolders 1962; Schelling 1978 zu finden). Die Motivation eines Menschen ist durch das Motiv bzw. die Wertungsneigung geprägt, die den Impuls für die Wahl einer Handlungsalternative darstellt. Hierbei werden z. B. für arbeitsmarktrelevante Fragen zwei Motivationsarten<sup>6</sup> nach ihren Beweggründen unterschieden: Wenn der Beweggrund außerhalb der Handlung des Individuums liegt, liegt eine extrinsische Motivation vor. Von außen kann diese Motivation durch Belohnung oder Bestrafung

<sup>5</sup> Interessant ist unter anderem die Untersuchung von Schmidt und Traub (2002), die bei Frauen im Vergleich zu Männern eine stärkere Verlustaversion diagnostizieren.

<sup>6</sup> Je nach Fragestellung ist die Dichotomie extrinsisch – intrinsisch auch noch zu sparsam. Gerade im Unternehmenskontext oder im Bereich rein staatlicher Steuerung spielen z. B. auch Autoritätswahrnehmungen für die individuelle Motivation eine größere Rolle, dito Motivation durch Beiträge zu einem wahrgenommenen Gruppenziel.

stimuliert werden, die wiederum materiell (Geld, Sanktionierung usw.) oder auch immateriell (Anerkennung, Regulierung usw.) sein kann. Liegt der Beweggrund aber in der Handlung selbst, d. h. handelt der Mensch endogen aus einem inneren Antrieb heraus, so spricht man von einer intrinsischen Motivation (De Charms 1968; Deci 1975). Der innere Antrieb kann beispielsweise durch Interesse, Neugier oder aus eigener Überzeugung ausgelöst werden (Frey/Benz 2001; Gawel 2001; Rheinberg 2004). Die Motivationsforschung zeigt, dass externe Eingriffe in die Handlung eines Individuums unter bestimmten Bedingungen die innere Motivation beeinflussen (Deci/Ryan 1980; Pittmann/Heller 1987; Frey/Osterloh 2000). Dies zeigt wiederum, dass zwischen der extrinsischen und intrinsischen Motivation eine dynamische Wechselbeziehung besteht, die sich in drei Richtungen auswirken kann. Zunächst kann ein unerwünschter und kontrollierender Eingriff von außen eine Verdrängung der intrinsischen Motivation verursachen (Verdrängungseffekt) (Bénabou/Tirole 2002). Wenn der Eingriff aber erwünscht ist und als unterstützend wahrgenommen wird, können extrinsische Motivationen auch im Gegenteil die intrinsische Motivation verstärken, was auch als Verstärkungseffekt bekannt ist. Schließlich gibt es auch noch den Übertragungseffekt, bei dem die Veränderung von intrinsischen Motivationen auch auf andere Bereiche übertragen werden kann (Frey 1997a, 1997b). In allen drei Fällen wird durch den Eingriff von außen eine Veränderung der intrinsischen Motivation ausgelöst (Kohn 1993; Deci/Flaste 1995; Bowles/Polonia-Reyes 2012).

Gerade der Verdrängungseffekt liefert die Erklärung dafür, warum in manchen Fällen monetäre Anreize im sozialpolitischen System wirkungslos bleiben oder sogar einen gegenläufigen Effekt aufweisen (Frey 1997a, 1997b). Die Diskussionen um das Lohnabstandsgebot im Rahmen der alten Sozialhilfe vor 2011 können hier Pate stehen.

### 4.3. DAS WAR SCHON IMMER SO: HABITUELLES VERHALTEN

Bisher wurde die Rolle von Institutionen nur flankierend besprochen und der Fokus auf die psychologischen Komponenten einer Entscheidung gelegt. Doch das Verhalten der Individuen ist auch grundlegend von Institutionen geprägt, so dass zur ganzheitlichen Erklärung des menschlichen Verhaltens auch Erkenntnisse aus der Institutionenökonomik berücksichtigt werden sollten. In diesem Zusammenhang rückt die Theorie der Pfadabhängigkeit in den Vordergrund und damit die Historizität wechselseitiger Beziehungen zwischen Individuen und Institutionen. Pfadabhängigkeit und Historizität dürfen dabei nicht im Sinne der Beliebigkeit des „Alles ist möglich“ verstanden werden, da sozialpsychologische Erkenntnisse darauf hindeuten, dass es multistabile Pfade gibt, die stets mit Kohärenz verknüpft sind und die aber jeweils auf grundlegende Erkenntnisse zur Wahrnehmung, zum Denken, Fühlen und Handeln von Menschen rekurrieren.

Es gibt zwei hauptsächliche Einflussmöglichkeiten der Institutionen auf die Handlungsentscheidung der Menschen: Zum einen direkt, d. h. durch die „...Verbreitung von Regeln

(, die) in einem ‚objektiven‘ Sinn – nutzensteigernd für den Einzelnen ist“ (Ackermann 2001: 158), über Institutionen direkten Einfluss auf die Handlungsentscheidung der Menschen aus. Zum anderen gibt es aber auch indirekte Einflussmöglichkeiten, die sich aus den Wechselbeziehungen zwischen Individuen und Institutionen ergeben und auf einer freiwilligen Regelbefolgung der Individuen aufbauen, d. h. sie befolgen nicht aus Angst vor einer Bestrafung Regelungen, sondern halten sich aus anderen Verhaltensmotiven heraus an Regeln und Normen. Die freiwillige Regelbefolgung ist ein Ergebnis von Lernprozessen, die zu einer Internalisierung von institutionellen Regeln führt (Ackermann 2001). Lernen heißt in diesem Kontext, dass Individuen verschiedene Handlungsalternativen testen und dabei auch die von der Gesellschaft ausgehenden Reaktionen in die Bewertung miteinbinden (Choi 1993). Mit gesellschaftlicher Reaktion ist vor allem die normative Bewertung einer Handlung als „gerecht“ und „ungerecht“ gemeint. Diese Bewertung fließt in den Internalisierungsprozess mit ein, weil die gesellschaftliche Anerkennung für die Menschen wichtig ist. Wie auch Ackermann (2001: 157) feststellt, ergibt sich aus Lernprozessen „...eine starke normative Kraft des institutionellen Status quo ...“, weil er sich in den Köpfen derer, die ihn erleben und durch ihre Handlungen konstituieren, als ‚gerecht‘ festsetzt, was sich wiederum in den Handlungen der Individuen widerspiegelt.“ Die Internalisierung von gesellschaftlichen Regeln kann auch durch Beobachtung und Imitation indirekt gelernt werden (Choi 1993).

Bleibt man in der „Lerninterpretation“, wird wie folgt argumentiert: In einer Welt unvollkommener Informiertheit wählen Individuen unter Unsicherheit aus. Hierzu können sie sich an routine- oder regelgebundenes Verhalten halten, aber sie können auch durch Beobachtung lernen, wie man erfolgreiche Entscheidungen imitieren kann, um so selbst unter Unsicherheit auswählen zu können. In diesem Fall spricht man auch vom habituellen Verhalten, welches sich aus der Einbettung in das institutionelle Geflecht ergibt. Nach Liebowitz und Margolis (1995) besteht das Problem eines Pfadwechsels darin, dass diese mit Unsicherheiten verbunden sind, die sich vor allem aus der Wechselbeziehung zwischen Individuum und Institution ergeben. Damit zeigt die Theorie der Pfadabhängigkeit, dass Institutionen nicht unabhängig von der Vergangenheit betrachtet werden können, da positive Rückkopplungen jeweils auf der Ebene der sozialen Regeln und auf der Ebene des individuellen Handelns zur Pfadabhängigkeit von Institutionen führen.

## 5

# FAZIT

Als Fazit können wir festhalten: Einerseits bleibt die am Mainstream orientierte ökonomisch fundierte Sozialpolitikforschung aufgrund ihres verengten Blicks auf die handelnden Menschen hinter ihren Möglichkeiten. Andererseits verharret die Lebenslaufforschung in Folge ihrer hauptsächlich deskriptiven Vorgehensweise auf analytisch unbefriedigendem Niveau durch den Verzicht auf die Diskussion sozialpsychologischer und verhaltensökonomischer Grundlagen. Das führt auch dazu, dass die Aussagen der Lebensverlaufsforschung z. T. von eher neoklassisch orientierten Ökonom\_innen als normativ unangemessen aufgeladen interpretiert und in Frage gestellt werden, da weder die normative Orientierung offengelegt wird, noch genau begründet wird, für welche Fragen genau die Lebensverlaufsforschung tatsächlich neue sozialpolitisch relevante Ergebnisse bereithält. Änderungen der Lebensverläufe und stärkere Heterogenität können für sich allein noch keine Umkehr der sozialpolitischen Grundausrichtung rechtfertigen, wenn sich an den grundsätzlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen nicht derart viel ändert, dass analytisch und politisch ein Umdenken angemahnt werden muss. Allerdings gewinnt gerade die Perspektive auf die Befähigung des Menschen eine größere Bedeutung (Naegele 2010; Clemens 2010), womit sich auch die Aufgabe der Sozialpolitik wandelt, d. h. sie soll nicht nur steuern, sanktionieren und gewährleisten, sondern die neue „Aufgabe“ oder „Herausforderung“ der Sozialpolitik ist, die stärker frequentierten Übergänge zu koordinieren und die Menschen zu befähigen damit umzugehen, hierbei soll die Sozialpolitik nicht nur kompensatorisch, sondern auch präventiv intervenieren. Eine verhaltensökonomische Perspektive, wie hier skizziert, könnte die analytisch offene Flanke der Lebenslaufforschung schließen und die Ökonomik als entscheidungstheoretische Grundlage stärker als bisher in die sozialwissenschaftliche Sozialpolitikforschung und Sozialpolitikberatung integrieren.

Hierzu wurden Grundzüge verhaltensökonomischer Erkenntnisse anhand der HOI-ristik mit Verweisen auf heterogene Theoriestränge dargestellt und in eine analytische Logik gebracht, was bereits eine entscheidende Hilfe für Fragen nach Reaktanz, Dissonanz und Pfadbruch darstellt. In einem noch übergreifenderen Fragenzusammenhang ginge es zudem darum, ob nicht eine sozialpsychologisch übergeordnete Theorie über menschliches Entscheiden und Handeln abseits der hier entwickelten Heuristik gesucht werden muss, um die Inflation an Effekten, „Anomalien“ und Homines-Konzepten zu verhindern und damit auch den potenziellen Vorwurf der Beliebigkeit zu entkräften.

Wir betrachten aus all diesen Gründen die Ausgangsfrage zu sozialpolitischen Anforderungen im Zusammenhang mit Lebenslagenwechsel nach den Bemerkungen zu Grundsatzfragen des Menschenbildes und der psychologischen Fundierung der hier verwendeten Verhaltensannahmen auf dieser Basis mikrofundiert und interessieren uns konkret für folgende Fragen: Wie gehen die Individuen mit Episodenwechsel um? Sind sie in der Lage damit umzugehen? Was hindert sie im ökonomischen Sinne (rational) zu handeln? Welche Schlussfolgerungen für die Sozialpolitik i. w. S. können Impulse für die politische Gestaltung darstellen? Ein zentraler Punkt betrifft dabei das Ausmaß an De-Kommodifizierung der derzeitigen deutschen Sozialpolitik, speziell deren explizite Erwerbszentrierung. Andere Formen der Arbeit/des Zusammenlebens werden in das System der sozialen Sicherung „hineingeholt“ (Mitversicherung Familienangehöriger z. B.) oder der eigentliche sozialstaatliche Kern ergänzt. Meistens geschehen die Ergänzungen in Reaktion auf aktuelle soziale Probleme, die z. T. durch andere sozialpolitische Maßnahmen erst entstehen oder verschärft werden. Bisherige Lösungsstrategien setzen darauf, Bildung auszuweiten und den Staat zu stärken. Diese Vorschläge orientieren sich z. T. an weitergehenden psychologischen Grundlagen des menschlichen Entscheidens und Verhaltens, setzen aber letztlich nur an kognitiven Grenzen an und nicht an Zusammenhängen, die darüber hinausgehende Regelmäßigkeiten der Verhaltensbeeinflussung offenbaren. Vieles hat einen ad-hoc-Charakter und setzt auf diskretionäre Maßnahmen ohne grundsätzliche Rücksicht auf Zusammenhänge zu anderen ökonomischen und sozialen Bereichen und ohne Richtungsentscheidung für einen bestimmten Anpassungspfad der sozialstaatlichen Gesamtlogik. Unser Diskussionsweg sieht vor, diesen Gesamtrahmen in den Fokus zu nehmen und dabei insbesondere aktuelle Theoriestränge zu sozialpolitischen Anforderungen in Lebenslagen- und Befähigungsansätzen wie bei Sen, Nussbaum, Weisser, Böhnisch etc. zu thematisieren. Noch sind dafür nicht alle Grundlagen bereits detailliert vorhanden.

Aus unserer Sicht sollte man stets die grundsätzliche Menschenbilddebatte im Hintergrund betrachten, um weder eine von vornherein umfassende Verantwortungsfähigkeit selbst unter Beachtung der psychologischen Erkenntnisse zu unterstellen noch im Gegenteil ähnlich problematische umfassende und „übergriffige“ elitistische Vorgaben für ein „wirklich“ gelingendes Leben festzusetzen und individuelle Freiheiten zu beschränken.

# Literaturverzeichnis

- Ackermann, Rolf 2001: Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelreform, Tübingen.
- Baethge, Martin; Baethge-Kinsky, Volker 1998: Jenseits von Beruf und Beruflichkeit? Neue Formen von Arbeitsorganisation und Beschäftigung und ihre Bedeutung für eine zentrale Kategorie gesellschaftlicher Integration, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 31 (3), S. 461–472.
- Beck, Ulrich 1986: *Risikogesellschaft*, Frankfurt.
- Beck, Ulrich 1997: Die uneindeutige Sozialstruktur. Was heißt Armut, was Reichtum in der „Selbst-Kultur“?, in: Beck, Ulrich; Sopp, Peter (Hrsg.): *Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*, Opladen, S. 183–197.
- Bénabou, Roland; Tirole, Jean 2002: Intrinsic and Extrinsic Motivation, in: *Review of Economic Studies* 70, S. 489–520.
- Bizer, Kilian; Gubaydullina, Zulia 2007: Das Verhaltensmodell der interdisziplinären Institutionenanalyse in der Gesetzesfolgeabschätzung, in: Führ, Martin; Bizer, Kilian; Feindt, Peter-Henning (Hrsg.): *Menschenbilder und Verhaltensmodelle in der wissenschaftlichen Politikberatung. Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat* 43, Baden-Baden, S. 37–51.
- Blome, Eva 2016: Erzählte Interdependenzen. Überlegungen zu einer kulturwissenschaftlichen Intersektionalitätsforschung, in: Pohl, Peter C.; Siebenpfeiffer, Hania (Hrsg.): *Diversity Trouble. Vielfalt – Gender – Gegenwartskultur*, Berlin (in Erscheinung).
- Bode, Ingo; Wilke, Felix 2014: Private Vorsorge als Illusion: Rationalitätsprobleme des neuen deutschen Rentenmodells, Frankfurt/New York.
- Bowles, Samuel; Gintis, Herbert 2002: The Evolution of Strong Reciprocity: Cooperation in Heterogeneous Populations, in: *Theoretical Population Biology* 65, S. 17–28.
- Bowles, Samuel; Polania-Reyes, Sandra 2012: Economic Incentives and Social Preferences: Substitutes or Complements, in: *Journal of Economic Literature* 50 (2), S. 368–425.
- Brülle, Heiner et al. 2016: Zielsteuerung im SGB II: Kritik und Alternativen, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs 09/2016.
- Bucher-Koenen, Tabea; Lusardi, Annamaria 2011: Financial Literacy and Retirement Planning in Germany, in: *Journal of Pension Economics and Finance*, 10 (4), S. 565–584.
- Busemeyer, Marius; Ebbinghaus, Bernhard; Leibfried, Stephan; Mayer-Ahuja, Nicole; Obinger, Herbert; Pfau-Effinger, Birgit (Hrsg.) 2013: *Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert: Neue Wege der Forschung*, Frankfurt/New York.
- Choi, Young Back 1993: *Paradigms and Conventions*, Ann Arbor.
- Charmes, Richard de 1968: *Personal Causation: The Internal Affective Determinants of Behavior*, New York.
- Clasen, Jochen; Clegg, Daniel (eds.) 2011: *Regulating the Risk of Unemployment: National Adaptations to Post-Industrial Labour Markets in Europe*, Oxford.
- Clemens, Wolfgang 2010: Lebensläufe im Wandel: Gesellschaftliche und sozialpolitische Perspektiven, in: Naegele, Gerhard (Hrsg.): *Soziale Lebenslaufpolitik*, Wiesbaden, S. 86–109.
- Dahrendorf, Ralf 2006: *Homo Sociologicus: Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*, Wiesbaden.
- Deci, Edward L. 1975: *Intrinsic Motivation*, New York.
- Deci, Edward L.; Ryan, Richard M. 1980: The Empirical Exploration of Intrinsic Motivational Processes, in: *Advances in Experimental Social Psychology* 10, S. 39–80.
- Deci, Edward; Flaste, Richard 1995: *Why We Do what We Do? The Dynamics of Personal Autonomy*, New York.
- Duesenberry, James Stemble 1949: *Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior*, Cambridge.
- Erlei, Mathias 2010: Neoklassik, Institutionenökonomik und Max Weber, in: Maurer, Andrea (Hrsg.): *Wirtschaftssoziologie nach Max Weber*, Wiesbaden, S. 69–94.
- Erlei, Mathias 2007: Sinnbildung, Religion und Präferenzen: Vom homogenen Homo oeconomicus zu heterogenen Homines culturales, in: *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik* 6, S. 319–346.
- Erlei, Mathias; Leschke, Martin; Sauerland, Dirk 1999: *Neue Institutionenökonomik*, Stuttgart.
- Eurofound 2015: *New Forms of Employment*, Luxemburg.
- Falk, Armin; Fehr, Ernst; Fischbacher, Urs 2000: *Testing Theories of Fairness – Intentions Matter*, Institute for Empirical Research in Economics, University of Zurich, Working Paper No. 63.
- Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.) 2012: *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht*, Wiesbaden.
- Frey, Bruno S. 1990: *Ökonomie ist Sozialwissenschaft*, München.
- Frey, Bruno S. 1997a: *Markt und Motivation: Wie ökonomische Anreize die (Arbeits-)Moral verdrängen*, München.
- Frey, Bruno S. 1997b: *Not Just for the Money: An Economic Theory of Personal Motivation*, Cheltenham u.a.
- Frey, Bruno S.; Benz, Matthias 2001: *Ökonomie und Psychologie: Eine Übersicht*, in: Working Paper No. 92, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Zürich.
- Frey, Bruno S.; Osterloh, Margit (Hrsg.) 2000: *Managing Motivation. Wie Sie die neue Motivationsforschung für Ihr Unternehmen nutzen können*, Wiesbaden.
- Führ, Martin 2003: *Eigenverantwortung im Rechtsstaat*, Berlin.
- Funk, Lothar 2015: Rationale Sozialpolitik, in: *Sozialer Fortschritt* 4/2015, S. 71–72.
- Gawel, Erik 2001: Intrinsic Motivation und umweltpolitische Instrumente, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2 (2), S. 145–165.
- Gigerenzer, Gerd 2013: *Risiko: Wie man richtige Entscheidungen trifft*, München.
- Gigerenzer, Gerd; Swijtink, Zeno; Porter, Theodore; Daston, Lorraine; Beatty, John; Kruger, Lorenz 1989: *The Empire of Chance: How Probability Changed Science and Everyday Life*, Cambridge.
- Güth, Werner; Schmittberger, Rolf; Schwarze, Bernd 1982: An Experimental Analysis of Ultimatum Bargaining, in: *Journal of Economic Behavior and Organization* 3, S. 367–388.
- Hartman, Raymond S.; Doane, Michael J.; Woo, Chi-Keung 1991: Consumer Rationality and the Status Quo, in: *Quarterly Journal of Economics* 106, S. 141–162.
- Haupt, Marlene 2014: *Konsumentensouveränität im Bereich privater Altersvorsorge: Informationen und Institutionen*, Baden-Baden.
- Hayek, Friedrich August von 1952: *The Counter-Revolution of Science*, Glencoe.
- Hitzler, Ronald; Honer, Anne 1994: Bastelexistenz: Über subjektive Konsequenzen der Individualisierung, in: Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): *Risikante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt am Main, S. 307–315.
- Höfling, Siegfried; Tretter, Felix (Hrsg.) 2013: *Homo Neurobiologicus: Ist der Mensch nur sein Gehirn?* AMZ 87, Hanns Seidel Stiftung.

- Hüther, Michael 2014: Sind die Grundbedingungen demokratischer Ordnung in der Globalisierung zu verwirklichen, in: *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik* 13, S. 125–148.
- Jantz, Bastian 2015: Notwendigkeit und Grundzüge einer lebenslauforientierten Arbeitsmarktpolitik, in: *TUP – Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, S. 212–223.
- Johnson, Eric; Hershey, John; Meszaros, Jacqueline; Kunreuther, Howard 1993: Framing, Probability Distortions and Insurance Decisions, in: *Journal of Risk and Uncertainty* 7, S. 35–53.
- Kahneman, Daniel; Tversky, Amos 1979: Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk, in: *Econometrica* 47 (2), S. 263–291.
- Kirchgässner, Gebhard 2000: *Homo Oeconomicus*, Tübingen.
- Kirchgässner, Gebhard 2008: *Homo Oeconomicus. The Economic Model of Behaviour and Its Applications in Economics and Other Social Sciences*, New York.
- Kirchgässner, Gebhard 2013a: Sanfter Paternalismus, meritorische Güter und der normative Individualismus, in: Held, Martin; Kubon-Gilke, Gisela; Sturn, Richard (Hrsg.): *Grenzen der Konsumentensouveränität*, in: *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, Band 12, S. 41–62.
- Kirchgässner, Gebhard 2013b: Das schwache Rationalitätsprinzip als Grundlage einer verstehenden Sozialwissenschaft, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 14 (2), S. 259–281.
- Kliemt, Hartmut 2001: Rationality and Reality, in: *Kyklos* 2 (3), S. 309–316.
- Knetsch, Jack L. 1989: The Endowment Effect and Evidence of Nonreversible Indifference Curves, in: *American Economic Review* 79, S. 1277–1284.
- Knuth, Matthias; Sesselmeier, Werner; Struck, Olaf; Wagner, Alexandra; Schmidt, Jutta; Bogedan, Claudia; Kettner, Anja; Greer, Ian 2016: *Arbeit, Markt und Politik: Eine problemorientierte Einführung in die Arbeitsmarktpolitik*, Berlin et al. (i.E.).
- Kohli, Martin 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Historische Befunde und theoretische Argumente, in: *KZfSS* 37, S. 1–29.
- Kohn, Alfie 1993: *Punished by Rewards: The Trouble With Gold Stars, Incentive Plans, A's Praise, and other Bribes*, Boston.
- Kramer, Bastian; Ruske, René 2015: Ökonomische Bildung als Treiber privater Vorsorge? Empirische Evidenz zu Financial Literacy und Vorsorgeeinstellung von Ökonomen vs. Nicht-Ökonomen, in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik* 41 (3), S. 325–348.
- Kubon-Gilke, Gisela 2013: *Außer Konkurrenz: Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Spannungsfeld der Koordinationsmechanismen Markt, Befehl und Pflicht*, Marburg.
- Kubon-Gilke, Gisela; Kleinmann, Sophie 2015: Caring – Qualitätsmaßstäbe und Performancekriterien in personennahen Dienstleistungen, in: *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik* 14, S. 235–260.
- Kubon-Gilke, Gisela; Bender, Benedikt; Brückner, Christian; Caspari, Volker; Dörr, Julian; Dumke, Thomas; Emanuel, Markus; Erlei, Mathias; Gern, Wolfgang; Goldschmidt, Nils; Großklaus-Seidel, Marion; Heuser, Stefan; Hippl, Emma; Hochloff, Johanna; Hofmann, Sandra; Huster, Ernst-Ulrich; Kirsch, Holger; Klüh, Ulrich; Köhler-Offierski, Alexa; Kolev, Stefan; Laurinkari, Juhani; Maier-Rigaud, Remi; Meyer-Höger, Maria; Müller-Giebeler, Ute; Nutzinger, Hans; Ostwald, Dennis A.; Lanwer, Willehad; Langsdorff, Nicole von; Scherf, Ulrike; Seelisch, Winfried; Sesselmeier, Werner; Soff, Marianne; Stemberger, Gerhard; Sturn, Richard; Vilain, Michael; Yollu-Tok, Aysel 2016: *Theorie der Sozialpolitik*, Manuskript, in Druckvorbereitung.
- Lengfeld, Holger 2003: *Mitbestimmung und Gerechtigkeit: Zur moralischen Grundstruktur betrieblicher Verhandlung*, München.
- Liebowitz, Stan J.; Margolis, Stephen E. 1995: Path Dependence, Lock-in and History, in: *The Journal of Law, Economics and Organization* 11, S. 205–226.
- Maier-Rigaud, Remi 2013: Der Patient als rationaler Verbraucher? Eine Leitbildanalyse ausgewählter Entwicklungen des deutschen Gesundheitssystems, in: *Sozialer Fortschritt* 2/2013, S. 51–60.
- Mandl, Irene 2015: Neue Beschäftigungsformen in Europa, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 41 (4), S. 519–543.
- Mayer, Karl Ulrich 2001: Lebensverlauf, in: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen, S. 446–460.
- Mayer, Karl Ulrich 1998: Lebensverlauf, in: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen, S. 438–451.
- Mayer, Karl Ulrich; Müller, Walter 1994: Individualisierung und Standardisierung im Strukturwandel der Moderne. Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat, in: Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): *Risikante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt am Main, S. 265–295.
- McCabe, Kevin A.; Rassenti, Stephen J.; Smith, Vernon L. 1998: Reciprocity, Trust and Payoff Privacy in Extensive Form Bargaining, in: *Games and Economic Behavior* 24, S. 10–24.
- Mill, John Stuart 1991/1859: *On Liberty and Other Essays*.
- Müller-Armack, Alfred 1950: Soziale Irenik, Wiederabdruck, in: Ders., Religion und Wirtschaft. *Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform*, 3. Aufl., 1981, Bern-Stuttgart, S. 559–578.
- Naegele, Gebhard 2010: Soziale Lebenslaufpolitik: Grundlagen, Analysen und Konzepte, in: Naegele, Gebhard (Hrsg.): *Soziale Lebenslaufpolitik*, Wiesbaden, S. 27–85.
- Nave-Herz, Rosemarie 1997: *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland*, Hannover.
- Nussbaum, Martha 1998: *Gerechtigkeit oder das Gute Leben*, Frankfurt a.M.
- Pfeifer, Christian 2004: Fairness und Kündigung: Eine theoretische und analytische Untersuchung, in: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 37, S. 127–142.
- Pittman, Thane S.; Heller, Jack. F. 1987: Social Motivation, in: *Annual Review of Psychology* 38, S. 461–489.
- Pongratz, Hans J.; Voß, Günter G. 2003: *Arbeitskraftunternehmer – Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*, Berlin.
- Rhein, Thomas 2010: Beschäftigungsdynamik im internationalen Vergleich: Ist Europa auf dem Weg zum „Turbo-Arbeitsmarkt“?, IAB-Kurzbericht 19/2010.
- Rheinberg, Falko 2004: *Motivation*, Stuttgart.
- Sackmann, Reinhold 2007: *Lebenslaufanalyse und Biografieforschung*, Wiesbaden.
- Schelling, Thomas C. 1978: Economics, or the Art of Self-Management, in: *American Economic Review* 68 (5), S. 290–294.
- Schlicht, Ekkehart 1985: *On Isolation and Aggregation in Economics*, Heidelberg et al.
- Schlicht, Ekkehart 2003: Der Homo oeconomicus unter experimentellem Beschuss, in: Held, Martin; Kubon-Gilke, Gisela; Sturn, Richard (Hrsg.): *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik. Jahrbuch 2: Experimente in der Ökonomik*. Marburg, S. 291–313.
- Schmidt, Tanja 2012: Gender und Genderregime, in: *Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht*, Wiesbaden, S. 451–468.
- Schmidt, Ulrich; Traub, Stefan 2002: An Experimental Test of Loss Aversion, in: *The Journal of Risk and Uncertainty* 25 (3), S. 233–249.
- Schmölders, Günter 1962: *Volkswirtschaftslehre und Psychologie*, Berlin.
- Schulz-Nieswandt, Frank; Sesselmeier, Werner 2008: Einleitung: Was ist Konstruktion von Sozialpolitik im Wandel?, in: Sesselmeier, Werner; Schulz-Nieswandt, Frank (Hrsg.): *Normative Grundlagen des Sozialstaates – Sozialpolitische Grundlagendiskurse*, Berlin, S. 7–14.
- Selten, Reinhard 1978: The Equity Principle in Economic Behavior, in: Gottinger, Hans-Werner; Leinfellner, Werner (Hrsg.): *Decision Theory and Social Ethics. Issues in Social Choice*, Dordrecht, S. 289–301.

Sen, Amartya 2000: *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München/Wien.

Sesselmeier, Werner; Yollu-Tok, Aysel 2016: Vitalpolitik im Lichte moderner Inklusionsansätze, in: Dörr, Julian; Goldschmidt, Nils; Kubon-Gilke, Gisela; Sesselmeier, Werner: *Vitalpolitik, Inklusion und der sozialstaatliche Diskurs. Theoretische Reflexionen und sozialpolitische Implikationen*, Münster, S. 157–172.

Shefrin, Hersh M.; Statman, Meir 1984: Explaining Investor Preference for Cash Dividends, in: *Journal of Financial Economics* 13, S. 253–282.

Simon, Herbert A. 1982: *Models of Bounded Rationality*. Cambridge/Mass.

Simon, Herbert A. 1955: A Behavioral Model of Rational Choice, in: *Quarterly Journal of Economics* 69 (1), S. 99–118.

Smith, Adam 1926/1759: *Theorie der ethischen Gefühle*, Leipzig.

Smith, Adam 1983/1776: *Der Wohlstand der Nationen*, München.

Struck, Olaf 1999: Betriebliche Lebenslaufpolitik in ostdeutschen Unternehmen, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 32 (3), S. 315–330.

Sturn, Richard 1997: *Individualismus und Ökonomik: Modelle, Grenzen, ideengeschichtliche Rückblenden*, Marburg.

Sturn, Richard 2013: Grenzen der Konsumentensouveränität und die Perspektiven der Meritorik, in: *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik* 12, S. 15–39.

Thaler, Richard H.; Sunstein, Cass R. 2009: *Nudge. Wie man kluge Entscheidungen anstößt*. Aus dem Amerikanischen von Christoph Bausum, Berlin.

Tversky, Amos; Kahneman, Daniel 1991: Loss Aversion and Riskless Choice: A Reference Dependent Model, in: *Quarterly Journal of Economics* 106, S. 1039–1061.

Tversky, Amos; Kahneman, Daniel 1992: Advances in Prospect Theory: Cumulative Representation of Uncertainty, in: *Journal of Risk and Uncertainty* 5, S. 297–323.

Vanberg, Viktor 2006: On the Complementarity of Liberalism and Democracy, *Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics* 06 (9).

Weisser, Gerhard 1959: *Distribution (II)*. Sonderdruck, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Sonderdruck, Stuttgart et al., S. 635–654.

Wolf, Hellmuth 1924: *Der homo oeconomicus: Eine nationalökonomische Fiktion*, Berlin et al.

Yollu-Tok, Aysel 2010: Die fehlende Akzeptanz von Hartz IV: Eine Realanalyse individuellen Verhaltens jenseits des Homo oeconomicus Modells, Baden-Baden.

Impressum:

© 2016

**Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Fax 0228 883 9205, [www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso)

Bestellungen/Kontakt: [wiso-news@fes.de](mailto:wiso-news@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

**ISBN: 978-3-95861-616-5**

Titelmotiv: © plainpicture/OJO/Martin Barraud  
Gestaltungskonzept: [www.stetzer.net](http://www.stetzer.net)  
Gestaltungsumsetzung: [www.pellens.de](http://www.pellens.de)  
Druck: [www.bub-bonn.de](http://www.bub-bonn.de)

Befähigung durch Beratung: begleitete Bewältigung  
beruflicher Umbruchsituationen  
**Gute Gesellschaft – soziale Demokratie #2017plus – 2016**

Social investment – Impuls für eine moderne Sozialpolitik?  
**WISO direkt – 23/2016**

Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt  
**WISO direkt – 17/2016**

Digitalisierung und Einfacharbeit  
**WISO Diskurs – 12/2016**

Zielsteuerung im SGB II: Kritik und Alternativen  
**WISO Diskurs – 09/2016**

Zielsteuerung im SGB II: Kritik und Alternativen  
**WISO direkt – 13/2016**

Ungleichheit und makroökonomische Instabilität:  
eine Bestandsaufnahme  
**Gute Gesellschaft – soziale Demokratie #2017plus – 2016**

Das neue „Magische Viereck“ im Realitätscheck  
**Gute Gesellschaft – soziale Demokratie #2017plus – 2015**